

NACHRICHTEN

Krieg in der Ukraine: Wie das Longo maí-Netzwerk Geflüchtete vor Ort unterstützt.

3

PROJEKT

Das 4-Häuser-Projekt in Tübingen will weiteren sozialverträglichen Wohnraum schaffen.

5

BEWEGUNG

Im Interview berichtet Mitgründer Henning Jeschke, wie die »Letzte Generation« sich organisiert.

6

THEORIE

Die Kämpfe verschiedener Bewegungen miteinander zu verbinden, ist leichter gesagt als getan.

8



▲ Für die Transformation hin zur solidarischen Lebensweise muss die imperiale Lebensweise zurückgedrängt (links), solidarische Alternativen müssen ausgeweitet (mittig) und diese gegen deren Rücknahme abgesichert werden (rechts).

Illustration: Sarah Heuzeroth

Das Gute Leben für alle

Das I.L.A.-Kollektiv will Antworten finden auf die Frage, wie ein Wandel von der imperialen zu einer solidarischen Lebensweise aussehen kann.

REGINE BEYSS, REDAKTION KASSEL

Wir wollen es – und doch können wir es nicht: »Es ist unmöglich, heutzutage so zu leben, dass weder Menschen noch die Natur dabei ausgebeutet werden. Überall stoßen wir auf Hindernisse. Gerade in reichen Gesellschaften bleibt den Menschen keine andere Wahl, als tagtäglich auf Kosten anderer zu leben – selbst wenn sie sich bemühen, dies nicht zu tun.« Das zu realisieren sei schmerzhaft – wenn auch nicht vergleichbar mit dem Schmerz, den diejenigen erfahren, die ausgebeutet werden. So schreibt es das I.L.A.-Kollektiv in seinem zweiten Buch »Das Gute Leben für alle«.

I.L.A. steht für Imperiale Lebensweise und solidarische Alternati-

ven. Junge Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen setzen sich hier mit den Problemen der imperialen Lebensweise auseinander. In der ersten Schreibwerkstatt (2016 bis 2017) entstand das Buch »Auf Kosten anderer?«. Dieses Dossier stellt das Konzept der imperialen Lebensweise vor und erläutert, wie unsere derzeitige Produktions- und Lebensweise Mensch und Natur belastet: »mit dem Auto zur Arbeit und mit dem Flugzeug in den Urlaub, jederzeit eine große Auswahl an exotischem Obst und die tägliche Wurst, monatlich ein neues Outfit, endlich wieder ein neues Möbelstück für die eigenen vier Wände und alle zwei Jahre ein neues Smartphone [...]. So zu leben und zu

wirtschaften ist nicht verallgemeinerbar.« Und obwohl vielen von uns diese Problematik bewusst ist, ändert sich nichts.

Das I.L.A.-Kollektiv erklärt dieses Paradox so: »Was viele Menschen lähmt, ist deshalb das Gefühl, keine anderen Optionen zu haben: Das derzeitige Leben und Wirtschaften – mit all den gravierenden Folgen, die es hat – scheint normal und alternativlos.«

Dass es durchaus Alternativen gibt und die imperiale Lebensweise nicht der Weisheit letzter Schluss ist, das hat die zweite I.L.A.-Schreibwerkstatt (2018 bis 2019) herausgearbeitet. Die Autor*innen geben in ihrem Buch offen zu, dass sie traurig und wütend sind, in einer Welt voller Ausbeutung zu leben;

in einer Welt, die von Leistungsdruck, Wettbewerb und Unsicherheit geprägt ist. Doch gleichzeitig sind sie sich sicher, dass es auch anders geht. Sie sind überzeugt, dass die globale Gemeinschaft das Zusammenleben auf diesem Planeten besser organisieren kann. Und zwar so, dass alle Menschen ein Gutes Leben führen können und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben: »Mit diesem Buch möchten wir dazu beitragen, neue Ideen, Vorstellungen und Möglichkeiten in die Welt zu bringen – jenseits von Ausbeutung und Unfreiheit.«

Mit der CONTRASTE gehen wir einen ganz ähnlichen Weg und möchten daher in unserem Schwerpunkt einige Ideen aus »Das Gute Leben für

alle« zugänglich machen. Es sind nur einige Fragmente dieser wertvollen Arbeit, doch sie zeichnen bereits ein konstruktives und hoffnungsvolles Bild von dem, was möglich wäre.

Nach den beiden Schreibwerkstätten fand von 2019 bis 2021 eine praxisorientierte Wandelwerkstatt statt, in der Transformationsstrategien und konkrete Projekte entwickelt wurden, um das zuvor in den Schreibwerkstätten erarbeitete Wissen in die Gesellschaft zu tragen. Die vier Wandelprojekte stellen wir ebenfalls in diesem Schwerpunkt vor.

Link: ilawerkstatt.org

Schwerpunkt auf den Seite 9 bis 12

TRANSNATIONALE FOLGEN DES KRIEGES IN DER UKRAINE

Die lokale und kleinbäuerliche Landwirtschaft stärken

Eine solidarische Praxis gegen die Folgen des Krieges in der Ukraine muss über den Tellerrand des eigenen Kontinents hinausschauen und auch beinhalten, die Folgen des Krieges auf Ernährungsunsicherheit und Hunger aktiv abzufedern.

AFRIQUE-EUROPE-INTERACT

Russland und die Ukraine gehören zu den weltweit größten Weizenexporteuren. Viele Staaten im globalen Süden sind von Weizenimporten abhängig, wovon oft erhebliche Teile aus der

Ukraine und Russland stammen. Ihre Versorgungslage ist nun akut bedroht. Durch das Wegfallen der ukrainischen und russischen Weizenimporte hat der globale Preis für Weizen bereits jetzt einen Rekordstand erreicht.

Dieser Umstand stellt eine Bedrohung insbesondere für ärmere städtische Bevölkerungsschichten dar, die in Ländern leben, in denen viele Weizenprodukte konsumiert, aber nicht im eigenen Land angebaut werden. Abhängigkeiten von Nahrungsmittelimporten sind unter anderem eine Folge des globalen

Freihandelsregimes. Letzteres hat viele afrikanische Länder nach erfolgreicher Zerstörung oder zumindest Schwächung der lokalen Märkte für Lebensmittel in die Abhängigkeit von Lebensmittelimporten gedrängt.

Die Entschuldung Anfang der 2000er Jahre war an drakonische Bedingungen gekoppelt – beispielsweise ging sie mit einem Verbot von der Lagerung von Grundnahrungsmitteln in Niger einher oder mit der Auflage, Subventionen für Grundnahrungsmittel abzubauen. Und dies hat Spuren bis heute hinterlassen, denn vieles, was

damals zerschlagen wurde, konnte nie wieder aufgebaut werden.

Das Ziel der Ernährungssouveränität wird von vielen bäuerlichen Bündnissen und Bewegungen geteilt. Um eine solche Ernährungssouveränität (und damit Politik des Widerstands gegen die ökonomische Ausbeutung durch das Freihandelsregime) anzustreben, brauchen wir einen Ausnahmezustand bzw. eine nachträgliche Aufhebung von denjenigen Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), die dem diametral entgegenwirken. Eine solche Aufhebung bestimm-

ter WTO Handelsregeln haben wir zusammen mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Rahmen der »Make them sign«-Kampagne bereits im Kontext von Patentrechten auf Corona-Impfstoffe und Medikamente gefordert. Das gleiche Prinzip könnte nun auch im Kontext der befürchteten, sich aufgrund des Krieges in der Ukraine anbahnenden Hungerkrisen angewandt werden, um das Schlimmste abzuwenden.

Gekürzte Fassung einer Pressemitteilung vom 20. März. Zu finden unter: bit.ly/31Dg2JC

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN	SEITE 3	SCHWERPUNKT	SEITE 9
LONGO MAI IN DER UKRAINE LESER*INNENBRIEF		KONTUREN DES GUTEN LEBENS FÜR ALLE	
PROJEKTE	SEITE 4	SEITE 10	
NO NAME KITCHEN, SERBIEN NETZWERK SELBSTHILFE		DER ANDERE KREISLAUF	
PROJEKTE	SEITE 5	SEITE 11	
4-HÄUSER-PROJEKT, TÜBINGEN		WIE WIR GESELLSCHAFT GEMEINSAM GESTALTEN	
BEWEGUNG	SEITE 6	SEITE 12	
AUFSTAND DER LETZTEN GENERATION		EINE REISE DURCH DIE BEWEGUNGEN UNSERER ZEIT	
GENOSSENSCHAFTEN	SEITE 7	SEITE 13	
GENOSSENSCHAFT PRO BINNTAL, SCHWEIZ GENOSSENSCHAFTLICHE KNEIPE, KÖLN		BIOTONNE	
THEORIE	SEITE 8	SEITE 14	
KÄMPFE VERBINDEN		KUNST & KULTUR	
		REZENSION »VISIONEN LEBEN« 250. GEBURTSTAG VON CHARLES FOURIER	
		REZENSIONEN	SEITE 15
		KAPITAL & KRISE FRAUENHÄUSER IN DEUTSCHLAND DER KRITISCHE AGRARBERICHT GESELLSCHAFT ALS RISIKO GELEBTE REVOLUTION	
		TERMINE, KLEINANZEIGEN	SEITE 16
		KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM	

contrastE ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:

<https://www.contraste.org/redaktion/ueber-uns>

contrastE abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich
(51 Euro bei Lieferung ins europäische Ausland)

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, **contrastE** finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contrastE.org**

Schnupperabo

Für nur **9 Euro** bekommt ihr drei Ausgaben als Print oder PDF zugeschickt. (Bezahlung im Voraus, endet automatisch ohne Kündigung)

AKTION 2022+

Ein PLUS für die CONTRASTE

Liebe Leser*innen,

der Krieg in der Ukraine macht es schwer, sich auf das Alltägliche zu konzentrieren. Das schreckliche Kriegsleid war die vielen vergangenen Jahre recht weit weg: in Vietnam, im Irak oder im nordsyrischen Afrin, im Jahre 2018 überfallen und seitdem völkerrechtswidrig besetzt vom Nato-Mitglied Türkei. Der Jemen-Krieg ist Jahr für Jahr »aktuell«. Nun ist der Krieg vor unserer Haustür und das Kriegsleid wird Tag für Tag in den Medien aufgezeigt. Und uns treibt die Sorge um, ausgesprochen oder unausgesprochen, ob nicht noch ein Atomkrieg folgen wird. Wir können nur deeskalierend eingreifen – ohne zu wissen, ob das reichen wird.

Die alltägliche Spendenlage bei der CONTRASTE ist erfreulich wie noch nie in den letzten

Jahren. Noch knapp 600 Euro und das Spendenziel von 8.000 Euro wird erfüllt sein. Großen Dank allen. Sehr voraussichtlich wird die CONTRASTE nun zum Ende des Jahres schwarze Zahlen schreiben. Es ist für unser Zeitungsprojekt die Gelegenheit, zu einem PLUS aufzurufen. Wir brauchen Rücklagen, um bei der steigenden Inflation bestehen zu können, um unerwartete Kosten auszugleichen, um einen eventuellen Einbruch bei den Abonnements ausgleichen zu können. Wenn alles gut gehen sollte, dann könnten wir dann unsere so bescheiden ausgezahlten Honorare wenigstens einmalig um den Inflationsausgleich erhöhen. Wir bitten euch, uns bei der Aktion 2022+ zu unterstützen.

Ein Schnupperabo wurde zum Abo umgewandelt, ein Unterstützungsabo wurde wieder auf Normalabo umgestellt. Zwei Abos wurden

gekündigt. Zwölf auf ein Jahr befristete gespendete »Knastabos« sind ausgelaufen, weitere zwölf wurden neu bestellt. Es gab 13 neue Schnupperabos.

Nach dem Ausklingen der Omikronwelle liegen CONTRASTE-Ausgaben zum kostenlosen Verteilen oder zum Handverkauf auf Demonstrationen oder bei Veranstaltungen bereit. Bitte melden, wir verschicken dann.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung. Schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contrastE.org.

Aus der CONTRASTE-Redaktion grüßt

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

M.W.	50,00
H.K.	25,00
B.P.	9,00
H.A.	9,00
V.M.	4,00
G.T.	20,00
Klaus Dernbecher	100,00
H.H.	100,00
L.C.	8,00

IN DIESER AUSGABE WURDEN DIE FARBSEITEN 7 UND 10 BIS 12 EXTERN FINANZIERT.

Spententicker »Aktion 2022«

92,96 % finanziert 7.436,80 Euro Spenden 563,20 Euro fehlen noch

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **563,20 Euro**.

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Illustration: Eva Sempere

AUSWEG AUS DEM KÖNIGREICH DER ANGST

VON BRIGITTE KRATZWALD

»Das Königreich der Angst« heißt ein Buch, das die amerikanische Philosophin Martha Nussbaum 2019 schrieb. Der Anlass dafür war die Wahl von Trump zum US-Präsidenten. Ein Buch der österreichischen Linguistin Ruth Wodak aus dem Jahr 2016 trägt den Titel »Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse«. Beide Bücher beziehen sich auf die Methode rechter Politiker*innen und Regierungen, in der Bevölkerung Angst zu schüren, um sich dann als die »Retter*innen« aus der Gefahr zu inszenieren, um gewählt zu werden. Beide Bücher entstanden vor der Corona-Pandemie. Die Pandemie, der Umgang damit und die Auswirkungen auf unsere Gesellschaften drehen die Angstspirale aber wieder ein Stück weiter.

Covid-19 war ein neuer Anlass für Politik mit der Angst. Die Angststörungen bei Jugendlichen haben seit Beginn der Pandemie stark zugenommen. Aber nicht nur die Mächtigen nutzen die Angst als Instrument. Greta Thunberg hat in Davos den Spieß umgedreht: »Ich will, dass ihr Panik bekommt!«, schleuderte sie den dort versammelten politischen und wirtschaftlichen Eliten ins Gesicht.

Meine Wahrnehmung ist, dass viele, vor allem junge Menschen, wirklich große Angst vor der Klimakrise haben. Viele Menschen haben Angst davor, zu erkranken und andere anzustecken. Andere wieder haben Angst vor der Impfung oder vor einer Diktatur, dem Überwachungsstaat oder vor einem Erstarken des Rechtsextremismus, und alle haben Angst vor den jeweils »Anderen«. Alle diese Dinge können mit

Recht als Bedrohung wahrgenommen werden. Trotzdem: Es ist schon seltsam. Noch nie haben die Menschen in Europa in größerer Sicherheit gelebt und vermutlich gab es noch nie so viel Angst.

Angst ist eine wichtige Emotion, die unser Leben retten kann. Sie kann bewirken, dass wir etwas gegen die Bedrohungen tun. Angst kann aber auch paralisieren und dazu führen, dass wir uns einigeln, abgrenzen, nur mehr darauf schauen, unsere eigenen Schäfchen ins Trockene bringen. Und diese Ängste können sich in Wut, Zorn und Aggression verwandeln, sagt Martha Nussbaum, und das sei eine Gefahr für die Demokratie. Ich denke, das ist genau das, was wir im Moment erleben.

Die gegenseitige Angst führt dazu, dass sich die verschiedenen Gruppierungen immer noch weiter voneinander entfernen. Die ambivalente Situation, in der wir uns befinden, macht es schwer, das »Richtige« zu tun und noch schwerer, die Folgen abzuschätzen. Doch anstatt das anzuerkennen, gilt nur mehr schwarz und weiß, wer nicht meiner Meinung ist, ist mein Feind. So wird der Spalt immer größer, wertschätzendes, konstruktives aufeinander Zugehen immer weniger möglich.

Nussbaum schlägt als Ausweg aus dem Königreich der Angst eine Haltung der Hoffnung vor. Zwar teilen Angst und Hoffnung das Vorhandensein einer Situation mit unsicherem Ausgang. Die Hoffnung jedoch habe nicht nur eine positive Zukunftsvision, sondern sei auch verbunden mit dem entsprechenden Handeln und das bringe Zuversicht.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seiten und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter **koordination@contrastE.org**

LONGO MAI IN DER UKRAINE

» Unsere Kontakte haben geholfen, dass Dinge passieren «

Die europäische Bewegung »Longo mai« hat seit Anfang der 1990er Jahre eine Kooperative in der Ukraine. Sie liegt im Dorf Nischnje Selischtsche im äußersten Südwesten des Landes, nahe der Grenze zu Ungarn und Rumänien. Seit Kriegsbeginn engagieren sich Menschen aus dem Longo mai-Netzwerk vor Ort, um Geflüchtete zu unterstützen, Materialtransporte und Unterkünfte zu organisieren. CONTRASTE-Redakteurin Regine Beyß sprach darüber mit Ben und Kathrin.

CONTRASTE: Ben, du bist vor ein paar Tagen aus Nischnje Selischtsche zurückgekommen. Wie hast du die Situation dort erlebt?

Ben: In den ersten drei Wochen nach Kriegsausbruch haben wir versucht, etwas aufzubauen, das hilfreich ist. Wir haben viele verschiedene Projekte parallel begonnen. Es war sehr chaotisch, getrieben von der dramatischen neuen Situation. Mit der Zeit hat sich klarer herauskristallisiert, was wir machen und wer welche Aufgaben übernimmt: Evakuierungsfahrten, Logistik im Lager, Kochdienste, ... Da wir externen Unterstützer*innen kein Ukrainisch oder Russisch sprechen, haben wir vor allem die Kommunikation mit dem Longo mai-Netzwerk übernommen. Unser Team wurde nun abgelöst und andere Menschen aus den Kooperativen führen die Arbeit fort.

Wie ist das Dorf vom Krieg betroffen? Und welche Hilfen leistet ihr konkret?

Ben: In der Region Transkarpatien finden bisher noch keine Kampfhandlungen statt. Auch die Bombenangriffe sind noch viele hundert Kilometer entfernt. Es kommen aber natürlich viele Menschen aus anderen Regionen, um sich in Sicherheit zu bringen. Ich schätze, dass zurzeit mehr als 500 Binnenvertriebene im Dorf leben, bei normalerweise ein paar tausend Einwohner*innen.

Kathrin: Auf den beiden Longo mai-Höfen der Kooperative »Zeleny Hay« lebt normalerweise nur eine Handvoll Menschen, jetzt sind es um die 50. Das sind zum Beispiel befreundete ukrainische Aktivist*innen, zu denen schon früher Kontakte bestanden.

Ben: Im Ort wurde ein von Longo mai betriebenes Gästehaus zum neuen Zuhause für Kinder aus dem Donbas. Im Restaurant der Kooperative werden jetzt hundert Geflüchtete kostenlos mit zwei warmen Mahlzeiten pro Tag versorgt. Außerdem haben wir mit Freund*innen Transporte von Lebensmitteln, Medikamenten und anderen Gütern in die



▲ Helfer*innen beladen einen Bus in der rumänischen Kooperative »Hosman Durabil«, der sich danach auf den Weg in die Ukraine gemacht hat. Foto: Mathias Weidmann

Ukraine organisiert, die meist über die rumänische Kooperative zu uns kamen. Vieles wurde weiter in die umkämpften Gebiete bei Kiew, Char'kiv und Luhansk gebracht. Auf dem Rückweg konnten Menschen in sichere Gebiete mitgenommen werden. Weiter bis zur Grenze fahren dann vor allem Frauen und Kinder, weil die meisten Männer das Land nicht verlassen dürfen. Manche reisen dann doch weiter zu Verwandten und Bekannten im Ausland. Über unser Netzwerk konnten wir auch Zufluchtsorte vermitteln. Viele Familien wollen die Ukraine aber auch nicht verlassen.

Wie geht es den Menschen in Nischnje?

Ben: Die Geflüchteten sind natürlich extrem mitgenommen, viele sind sicher auch traumatisiert. Gleichzeitig gibt es auch Spannungen mit der lokalen Bevölkerung, zum Beispiel wenn sich Männer im wehrfähigen Alter ins Dorf flüchten, während gleichzeitig Männer aus dem Dorf zum Kriegsdienst eingezogen werden. Diese Themen versuchen wir einzubeziehen, zum Beispiel, indem wir uns für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung einsetzen oder indem wir versuchen, mit ihnen Tätigkeiten in der humanitären Hilfe oder Landwirtschaft zu organisieren – denn dann werden sie nicht eingezogen.

Wie wird die Arbeit jetzt weitergehen?

Kathrin: In den nächsten Tagen schicken wir vom Hof Ulenkrug nochmals einen mit Spenden gekauften Klein-

bus auf den Weg. Er wird gefüllt sein mit angefragten Materialien und soll vor Ort für Evakuierungen und Transporte eingesetzt werden. Ansonsten sortieren wir uns gerade und schauen, wie es weitergeht. Wir sind ja eigentlich keine Hilfsorganisation und sind ganz schön an unsere Grenzen gekommen. Die Informationen verändern sich auch ständig. Zumindest in Nischnje ist aber der akute Bedarf vorerst gedeckt. Die Frage ist, was unsere langfristige Strategie sein kann und welche Themen wir in den Vordergrund rücken wollen, zum Beispiel die Unterstützung von Deserteuren auf beiden Seiten oder der Opposition in Russland, damit der Krieg schnell endet. Ein wichtiges anderes Thema ist die Landwirtschaft, die in der Ukraine gerade zusammenbricht und damit lokale und globale Ernährungsfragen aufwirft.

Inwiefern haben euch die Strukturen des Netzwerks geholfen?

Kathrin: Wir sind ja quer durch Europa vernetzt und unsere Kontakte haben auf jeden Fall geholfen, dass Dinge passieren. Und das war für die Menschen in Nischnje sehr hilfreich. Ich glaube, innerhalb von Longo mai führt es dazu, dass wir nochmal enger miteinander arbeiten und uns austauschen. Es gibt gerade verschiedene Arbeitsgruppen über die Kooperativen hinweg.

Ben: Es fahren jetzt auch Menschen in die Ukraine, die andernfalls diese Höfe vielleicht nicht besucht hätten. Und diese interne Solidarität, die das Netzwerk trägt, von der profitieren

auch viele andere im Dorf. Zugleich ist es natürlich eine Gratwanderung, als »reiche« Ausländer*innen in der lokalen Situation in der Ukraine mit aktiv zu werden.

Wie kann mensch euch unterstützen?

Kathrin: Spenden sind auf jeden Fall weiterhin hilfreich, denn wir wissen nicht, wie lange die Situation andauern wird. Und selbst wenn der Krieg bald endet, wird es Mittel für den Wiederaufbau brauchen.

Ben lebt in der Longo mai-Kooperative »Mas de Granier« in Südfrankreich. Kathrin lebt in der Kooperative »Hof Ulenkrug« in Mecklenburg-Vorpommern.

Spendenkonto: Gesellschaft zur Förderung der Europäischen Kooperative e. V., IBAN: DE59 1506 1618 0007 7035 97, Stichwort: Flüchtlingshilfe (ab 50 Euro werden Spendenbescheinigungen ausgestellt)

Links:
prolongomai.ch,
forumcivique.org,
radiozine.org

Zum Weiterlesen

Auf unserer Webseite könnt ihr einen ausführlichen Beitrag über die Kooperative in Nischnje Selischtsche lesen. Außerdem haben die CONTRASTE-Redakteur*innen dort ihre persönlichen Lese-Empfehlungen zum Krieg in der Ukraine gesammelt.

www.contraste.org

LESER*INNENBRIEF

Liebe Flora,

es ermutigt mich sehr, dass du in deinem Leserbrief in der März-Ausgabe der CONTRASTE meine Auffassung teilst: Holloway beim Wort zu nehmen und aufzuhören, für das kapitalistische Wirtschaftssystem zu arbeiten und von seinen Produkten zu leben (siehe mein Artikel »Schattenwirtschaft als Graswurzelrevolution« in der Februar-Ausgabe). Gewundert habe ich mich dann aber, dass du anschließend eine Gegenposition formulierst, wo gar keine ist. Du schreibst: »Für mich manifestiert sich allerdings der Traum vom einfachen Leben nicht in der derzeitigen Schenk-, Tausch- und

Gemeinwohl-Ökonomie.« Das sehe ich doch genau so! Zwar betrachte ich diese Initiativen grundsätzlich positiv und meine, dass man daran anknüpfen sollte, aber man kann eben nicht dabei stehen bleiben. Als nächster Schritt wäre die »branchenübergreifende Vergesellschaftung« dieser bisher noch zersplitterten und vereinzelter Initiativen unbedingt erforderlich. Was darunter zu verstehen ist, habe ich offenbar nicht deutlich genug ausgeführt, sonst könntest du in deinem Leserbrief nicht bemängeln, dass damit die »Eintönigkeit der bisherigen Tätigkeiten« nicht beseitigt wäre. Vielleicht wird meine Vorstellung an einem konkreten Beispiel deutlicher: Nach der Vergesellschaftung

und räumlichen Zusammenführung können doch zum Beispiel die Leute aus der Druckerei mal eben im Garten mitarbeiten oder einen Tee im Szene-Treff trinken, wenn sie Lust dazu haben – beides ist gleich nebenan. Das konnten sie vorher als vereinzelter und vielleicht sogar selbstverwalteter Unternehmen nicht, denn es war dem Konkurrenzkampf des Kapitalismus ausgesetzt. Und der Gemeinschaftsgarten oder Szene-Treff lagen vielleicht zig Kilometer entfernt. Dein nächstes Gegenargument: Nicht versorgt zu sein mit »dem fürs Leben Nötigste wie Acker- und Bauland zum Wohnen und zur Lebensmittelproduktion, Brunnen zur Trinkwasser-Versorgung, Wind- und Wasserräder zur Stromproduktion

und Lebensmittelverarbeitung, Stoffe zur Produktion von Kleidung und Heimtextilien«. Wie kommst du darauf, dass dies alles in meinem Anstanz nicht vorgesehen sei? Um es noch mal unmissverständlich zu sagen: Mir schweben Gemeinschaften vor – Ökodörfer oder Kieze in der Stadt – die alles produzieren, was für ein gutes Leben nötig ist, aber auch nur das, also keinen Firlefanz wie zum Beispiel Handys.

Liebe Flora, wir sollten zusammenarbeiten, anstatt künstlich Gegenpositionen zu konstruieren, wo keine sind. Ich suche dringend MitstreiterInnen. Menschen, die in die Richtung denken wie wir. Beide sind offenbar dünn gesät.

Jörg Sommer

MELDUNGEN

Abriss von Lützerath verhindern

Nachdem das Oberverwaltungsgericht Münster dem Abriss des Dorfes Lützerath im Sinne des Kohlekonzerns RWE am 28. März den Weg ebnete, erklärte die Initiative »Lützerath Leb!«, dagegen Widerstand vorzubereiten. Ab sofort darf RWE rein rechtlich mit polizeilicher Unterstützung das gesamte Dorf räumen, Gebäude abreißen und mit einer möglichen Sondergenehmigung auch Bäume roden. Klimaschutz*innen kündigten an, sich in selbstgebaute Hütten auf den Wiesen, in Baumhäusern und auf Hausdächern gemeinsam mit den Dorfbewohner*innen der Räumung in den Weg zu stellen. Die Gruppe erwartet tausende Unterstützer*innen zu einer Großdemonstration mit Fridays for Future, Ende Gelände und Alle Dörfer Bleiben am Samstag, 23. April, für den Stopp des klimaschädlichen Braunkohletagebaus Garzweiler.

Link: luetzerathlebt.info

PM zur Gerichtsentscheidung des OVG Münster: bit.ly/3wEi5V

Spenden für Ökodörfer in der Ukraine

Das Global Ecovillage Network Europe (GEN Europe) nimmt Spenden entgegen, um Ökodörfer in der Ukraine zu unterstützen. Diese bräuchten aktuell dringend Unterstützung, um sichere, warme und hygienische Unterkünfte sowie Verpflegung zu bieten. Inzwischen seien in ukrainischen Ökodörfern mehr als 1.000 Geflüchtete untergekommen. Die Spenden werden unter anderem verwendet für Lebensmittel, Medikamente, Hygiene-Produkte, Schlafsäcke und Matratzen. GEN Ukraine hat zudem eine Karte erstellt, auf der die Gemeinschaften innerhalb und außerhalb der Ukraine zu sehen sind, die Menschen aufnehmen.

Link zur Karte: bit.ly/3IAinF3

Spendenkonto: Global Ecovillage of Europe, IBAN: DE 11100100100007681105, Stichwort: GEN Ukraine

Rheinmetall entwaffnen

Das Bündnis Rheinmetall Entwaffnen machte in den letzten Jahren mit ungehorsamen Massenaktionen und Blockaden gegen die Rüstungsindustrie von sich reden. Für diesen Sommer planen die Aktivist*innen, während der Kunstausstellung documenta 100 Tage die Rüstungsstandorte in Kassel zu skandalisieren. »Das Rüstungspaket der Regierung ist eine Kriegserklärung an alle Menschen, die sich für Solidarität und Menschlichkeit engagieren. Militarismus, ob deutsch oder russisch, ist das Problem und nicht die Lösung«, sagte Mascha Lohaus, von Rheinmetall Entwaffnen. Um eine breite antimilitaristische Bewegung aufzubauen, lud das Bündnis am 26. März zu einer Aktionskonferenz nach Kassel ein. Für den folgenden dezentralen Aktionstag am 27. März arbeiteten Rheinmetall entwaffnen, Ende Gelände, Fridays for Future und Abolish Frontex erstmalig zusammen, um bundesweit für Klimagerechtigkeit, offene Grenzen, Abrüstung und Frieden auf die Straße zu gehen.

Link: rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

NO NAME KITCHEN, ŠID (SERBIEN)

Zur Situation von Menschen auf der Flucht

Unsere Autor*innen engagierten sich im Winter 2022 bei der NGO »No Name Kitchen« an der serbisch-kroatischen Grenze und haben dort Menschen auf der Flucht unterstützt. Für CONTRASTE berichten sie von ihren Erfahrungen.

PAULINA & FLO, FREIBURG

Als wir Mitte Januar in Šid (Serbien) ankamen, empfing uns klirrende Kälte mit Temperaturen von bis zu -12°C. Šid ist eine Kleinstadt an der serbisch-kroatischen Grenze, nur zwölf Stunden Autofahrt von Freiburg und dennoch sehr weit von unserem Alltag entfernt. Šid ist nicht gerade ein florierender Ort, es gibt kaum Arbeitsplätze und viele junge Serb*innen verlassen die Stadt oder gleich das Land auf der Suche nach Perspektiven. Es ist aber auch einer der Orte entlang der Balkanroute, wo »People on the Move« (PoM), das heißt Menschen im Transit, hängen bleiben, weil ihnen die Weiterreise verwehrt wird.

Bei unserer Ankunft in Šid lebten hier rund 1.200 PoM auf dem Weg in die EU. Die meisten von ihnen kamen aus Afghanistan, einige aus Pakistan, Syrien, dem Irak oder Indien. Die überwiegende Mehrheit war sehr jung, teilweise noch minderjährig. Eigentlich alle waren schon seit mehreren Monaten oder sogar Jahren unterwegs. Die Reise steckte ihnen sichtlich in den Knochen. Etwa 95 Prozent der PoM waren in den staatlichen Camps untergebracht.

Laut Berichten der Camp-Bewohner*innen sind diese Unterbringungen teilweise sehr überfüllt und unzureichend ausgestattet, hinzu kommen schlechtes Essen, Probleme mit Krätze und ungenügende medizinische Versorgung. Dennoch bieten die Camps für Menschen ohne Geld vor allem im Winter die einzige Option, um zu überleben. Zusätzlich leben auch PoM außerhalb der staatlichen Strukturen in besetzten Häusern (»squats«) oder Waldstücken (»jungles«). Entweder sind sie hier, weil sie nicht in den Camps aufgenommen wurden oder weil es vom Camp aus sehr viel schwieriger ist, den Grenzübergang zu starten.

Der Versuch über die Grenze zu kommen und es ins Zielland zu schaffen, wird hier »game« (Spiel) genannt, was einerseits zynisch klingt, aber andererseits widerspiegelt, um welch ein Glücksspiel es sich handelt. Dabei unterscheiden die PoM zwischen »truck-game«, bei dem



▲ Freiwillige und People on the Move tragen zusammen Lebensmittel, Wasser und Kleidung in ihre selbst gebauten Behausungen an der serbisch-kroatischen Grenze. Foto: Flo W.

Personen heimlich in LKWs Richtung Westen mitfahren, in der Hoffnung an der Grenze nicht entdeckt zu werden, oder »walking-game«, wo Leute sich durch den Wald schlagen und durch Wärmebildkameras/Hunde entdeckt werden können. Beide Varianten sind sehr gefährlich, zum einen aufgrund der aktuellen Kälte und zum anderen aufgrund der drohenden psychischen und physischen Gewalt.

Hier in Šid hat das unabhängige Graswurzel-Projekt »No Name Kitchen« Strukturen aufgebaut, um Menschen auf der Flucht zu unterstützen. Sie verfolgt in ihrer Arbeit folgenden Ansatz: Alle Menschen haben das Recht, sich frei zu bewegen und eine bessere Zukunft zu suchen. Alle Men-

schen haben ebenso das Recht, gleich und fair behandelt zu werden. Solange das nicht geschieht, muss auf das Unrecht an den Grenzen und die Situation von Menschen auf der Flucht aufmerksam gemacht werden. Der Fokus der Arbeit liegt darauf, die Menschen außerhalb der staatlichen Camps mit dem Notdürftigsten zu versorgen. Der Zutritt zu den Camps ist der NGO ohnehin nicht gestattet. Was die No Name Kitchen zum Teil von anderen nicht-staatlichen Akteuren auf der Balkanroute unterscheidet, ist, dass sie es als wesentlichen Teil ihrer Arbeit sieht, nicht nur materiell zu unterstützen, sondern auch mit den Menschen auf der Flucht ins Gespräch zu kommen und Zeit miteinander zu verbringen.

Unsere Arbeit bestand darin, in den squats und jungles Kleidung, Lebensmittel und Hygieneartikel zu verteilen und eine medizinische Grundversorgung anzubieten. Wenn die Temperaturen es zuließen, brachten wir auch warmes Wasser und ein Duschzelt mit. Der Bedarf war groß und die materielle Versorgung essentiell. Was für uns zur ebenso wichtigen Aufgabe vor Ort wurde, wirkt banal: Wir tranken zusammen Tee oder saßen am Feuer und tauschten Bilder unserer Familien aus, unterhielten uns – teils mit Händen und Füßen – über Musik, Fußball oder Zukunftswünsche. Und gerade das hinterließ bei uns und – so glauben wir – auch bei den PoM ein Gefühl von Verbundenheit am Ende des Tages.

Neben der humanitären Unterstützung dokumentierten wir nach Möglichkeiten die sogenannten »Pushbacks« von der EU zurück nach Serbien. Mit Pushback wird die illegale Rückführung von Asylsuchenden über eine oder mehrere Grenzen bezeichnet. Sie sind illegal, da den Menschen ihr Recht auf einen Asylantrag und dessen Prüfung verwehrt wird. Pushbacks gehörten in Šid zum bitteren Alltag, und Menschen berichteten uns von mehreren Dutzend illegalen Abschiebungen beim Versuch, in die EU zu reisen. Fast alle hatten Erfahrungen mit Gewalt gemacht und zeigten uns Fotos von verprügelten Personen und tiefen Hundebissen. Die Grenzpolizei wendet teilweise massive Gewalt an, nimmt Geld, persönliche Gegenstände sowie Kleidung ab und zerstört Eigentum. Ziel ist es wohl, den erneuten Grenzübergang so schwer wie möglich zu machen und die PoM zum Aufgeben zu drängen. Ausführend waren zwar die Grenzpolizist*innen, am Ende liegt aus unserer Sicht die Verantwortung jedoch bei der EU.

Was haben wir mitgenommen? Viele sehr persönliche Begegnungen mit Menschen, die uns sehr ähnlich waren und nur aufgrund ihrer Nationalität so schwierige Zukunftsperspektiven haben. Und das Gefühl von Ohnmacht und Unverständnis, dass die Festung Europa für so viel Schmerz und Leid verantwortlich ist. Denn die Grenzen und die Gewalt halten vor Ort wirklich niemanden davon ab, sich in der Hoffnung auf eine bessere Perspektive auf den Weg zu machen, sie bedeuteten nur unnötig viel mehr Schmerz. Die EU, die so viel Wert auf die Menschenrechte legt, zeigt hier ihre dunkle Kehrseite, bricht geltendes Recht, verwendet – oder unterstützt zumindest – massive Gewalt gegen Menschen, statt ihnen zu helfen.

Falls ihr mehr wissen wollt zu illegalen Pushbacks der EU, findet ihr hier aktuelle Monatsberichte vom Monitoring Netzwerk, bei dem auch No Name Kitchen mitarbeitet:
borderviolence.eu/category/monthly-report

Da die Strukturen der No Name Kitchen unabhängig von staatlicher Finanzierung und politischen Interessen bleiben wollen, sind finanzielle Unterstützungen notwendig und immer gern gesehen. Weitere Infos zur Unterstützung findet ihr auf:
nonamekitchen.org

NETZWERK NEWS



Fördern - Vernetzen - Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V., als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds, ist mit seiner Idee seit nunmehr 40 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt: Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen Unterstützer*innen und Spender*innen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

www.netzwerk-selbsthilfe.de

Aufrecht gehen und frei atmen!

Ich glaube ich war 1,50 Meter groß, als ich zum ersten Mal hörte, dass wirtschaftliche Freiheit politischer Freiheit vorausgeht. Und auch wenn ich für mein Alter schon recht groß war, hatte ich doch einigen Grund zu fragen, ob der Irrtum meines Kindergartenfreundes nicht größer gewesen sein mag. Er hatte versucht mir zu erklären, dass sich die Schulhofpreise für Butterbrote durch eine Art unsichtbare Hand von selbst regulieren würden und wenn ich mich nur anstrengen würde – sparsam und strebsam bin – würde ich mir früher oder später sicherlich auch eine Stulle mit Wurst verdienen. Das überzeugte mich wenig, aber diese unsichtbare Hand ließ mich nicht mehr los, kniff mir – sparsam, aber strebsam und beständig – in verschiedene Körperteile und entfachte alsbald eine

Verheißung, die mich beugte wie ein Hexenschuss. Über die Jahre fragte ich mich, wie und wann aus dieser Haltung nun Freiheit erwachsen sollte? Ich war inzwischen fast 1,80 Meter groß, trug mein Haar kurz, hörte Musik zu laut und lebte für meinen Geschmack noch immer zu bürgerlich, als ich meinen Kindergartenfreund wieder traf. Er erschien mir kleiner geworden, in seinen Augen ein leerer Glanz. Er erzählte mir von seinem Wurstimperium, seinen Aktienanteilen, seinen Kindern und Geliebten. Zwischen den Sätzen hetzte sein Atem wie auf der Flucht vor oder auf der Suche nach sich selbst. In all den Jahren, die er sein Leben nannte, wusste ich, hatte er nicht einmal frei geatmet, nicht einmal sich selbst im anderen gesehen. Die unsichtbare Hand hatte ihm stärker zugesetzt als mir. Und ich weiß, sie schmeckt sentimental und banal, die Leere der Erfolgreichen,

aber ich hatte nach diesem Treffen nie wieder Rückenschmerzen. Die beste Voraussetzung für Freiheit, schätze ich!

Kein Kapital' is mus(s) - Antikapitalistische Veranstaltungsreihe vom Jugendrat Berlin

Der Berliner Jugendrat besteht seit 2019 und beschreibt sich selbst als Struktur aus politisch aktiven Bezirksstrukturen, thematischen AGs und Einzelpersonen. Noch bis Ende April läuft ihre kapitalismuskritische Veranstaltungsreihe zu verschiedenen Themen, wie Gesundheitswesen, Kolonialismus und Queerfeminismus. Dafür arbeiten sie mit Bildungskollektiven zusammen, die sich in Workshops mit jeweils einem Themenfeld kritisch auseinandersetzen und sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene richten, wobei

die Workshops so wenig Wissen wie möglich voraussetzen wollen, um sie allen niedrigschwellig anbieten zu können.

Der Berliner Jugendrat setzt sich für selbstorganisierte und herrschaftskritische Bildungsarbeit ein, da die Schule als Institution eine kritische Gegenwartsanalyse sozialer und ökologischer Missstände des derzeitigen Systems verfehlt. Daher sehen sie es als ihre Aufgabe an, Räume, Inputs und Materialien anzubieten, die das Wissen, die Argumentationsgrundlage und die Erfahrungen ermöglichen, die es für eine demokratische Transformation zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Emanzipation und einer ökologischen Praxis braucht. Einen Dank dafür an den Berliner Jugendrat!

Weitere Informationen:
berlinerjugendrat.blackblogs.org

Maxie Mutzke

4-HÄUSER-PROJEKT, TÜBINGEN

Weiteren sozialverträglichen Wohnraum schaffen

Knapp 100 Menschen haben mit dem Mietshäuser Syndikat im Jahr 2011 vier Häuser in Tübingen gekauft. Durch die größte Privatisierung von öffentlichem Wohnraum in Baden-Württemberg wären die Häuser ansonsten heute Teil des Immobilienkonzerns Vonovia. Jetzt planen die Bewohner*innen den Neubau eines fünften Hauses und zeigen, dass die Schaffung von neuem Wohnraum mit einem solidarischen Netzwerk möglich ist – sogar mit dauerhaft bezahlbaren Mieten. Zudem soll der Neubau eine ökologisch und sozial sinnvolle Ergänzung zu den bestehenden Häusern und Wohnungen des 4-Häuser-Projekts bieten.

JUDITH JANSCHESKI UND MARC AMANN,
4-HÄUSER-PROJEKT

Wahrscheinlich wären die 24 Wohnungen in den vier Häusern der Tübinger Südstadt, die verteilt auf vier getrennte Grundstücke und über zwei Straßen gelegen sind, heute teuer sanierte Eigentumswohnungen oder würden für zwölf Euro/m² und mehr vermietet werden. Im Jahr 2012 verkaufte die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) landesweit rund 21.500 Wohnungen en bloc an die Patrizia AG in Augsburg; schon drei Jahre später verkaufte Patrizia diese mit lukrativem Gewinn – 450 Millionen Euro (!!!) – weiter an den Immobilienkonzern Deutsche Annington (heute Vonovia). Aus diesem Paket an privatisierten Wohnungen gelang es uns, einer bunten Mischung aus etwa 60 Erwachsenen und 40 Kindern, mit politischem Druck und öffentlicher Unterstützung, immerhin vier Häuser dem Privatisierungs-Deal zu entziehen und mit dem Mietshäuser Syndikat dauerhaft vor Spekulation zu schützen. Seit Einzug sind unsere Mieten konstant bei sieben Euro/m² (kalt) geblieben, während um uns herum der Mietwahn Sinn Einzug gehalten hat und die Mietpreise enorm gestiegen sind.

Noch vor dem Einzug haben wir die Häuser zum Teil in Eigenarbeit saniert, später einen Anbau realisiert, ein erstes Dach ausgebaut und gedämmt und auf allen vier Dächern Photovoltaik-Anlagen installiert. Wir haben große und kleine Feste gefeiert, Gemüse und Hühner in die Gärten einziehen lassen, eine Food-Coop gegründet, Veranstaltungen organisiert, unsere Gemeinschaftsräume externen Gruppen zur Verfügung gestellt. Auch politisch haben wir uns immer wieder engagiert: Der Protest gegen das Kleinanlegerschutzgesetz, das das Finanzierungsmodell der Direktkredite für zahlreiche Initiativen nicht nur im Mietshäuser Syndikat gefährdete, brachte uns sogar als Expert*innen in eine Anhörung des Bundestages. Zudem haben wir uns gegen Mietwahn in Tübingen engagiert, auch durch die Unterstützung von Hausbesetzungen und die Beratung neuer Wohnprojektitinitiativen.

Solidarisches Mietmodell

Im Laufe der Jahre haben wir uns immer wieder neuen Herausforderungen gestellt und versucht, die Freiräume zu nutzen, die durch gemeinschaftliches Agieren entstehen. So haben wir zum Beispiel ein solidarisches Mietmodell entwickelt und zahlen unsere Mieten seit knapp drei Jahren nach Selbsteinschätzung, orientiert an einem Richtwert, der sozialen Ausgleich ermöglicht. Trotz oder vielleicht auch wegen vieler sozialer Prozesse, die wir in den Jahren miteinander ausgehandelt haben, sind wir als Gruppe sehr stabil geblieben.



▲ Schild auf dem Bauplatz für das fünfte Haus des 4-Häuser-Projekts in Tübingen

Foto: Tim Schumacher

Insgesamt wohnt nach zehn Jahren noch immer drei Viertel der ersten Generation im 4-Häuser-Projekt. Aber es haben sich auch Veränderungen ergeben. Manche Wohnungen haben wir baulich an veränderte Bedürfnisse angepasst und zwei große Wohnungen geteilt. Seit 2015 sind auch Geflüchtete als neue Mitbewohner*innen zu uns gekommen. Währenddessen sind die Kinder immer größer geworden und zum Teil ausgezogen. Die Jugendlichen wollen nicht mehr aufs Kinderplenum und ehemalige Jugendliche moderieren inzwischen auch mal das Projektplenum.

Angesichts dieses stabilen Projektlebens bot sich vor eineinhalb Jahren dann eine besondere Gelegenheit: Wir erfuhren, dass die Stadt ein brachliegendes Grundstück in unmittelbarer Nachbarschaft unserer Häuser gekauft hatte und in einem Konzeptvergabeverfahren zur Bebauung ausschrieb. Zeitgleich mit dem Ausschreibungsverfahren lief die Zinsbindung für unsere bestehenden Häuser aus. Ohne dass wir unsere Miete in zehn Jahren auch nur einen Cent erhöhen mussten, entstand für uns ein finanzieller Spielraum von rund 30.000 Euro pro Jahr. Welch eindrückliche Erfahrung, während andere Menschen bangen, ihre Miete künftig nicht mehr zahlen zu können oder erst gar keine Wohnung finden!

So entschlossen wir uns, unsere Überschüsse für die Entstehung weiteren sozialverträglichen Wohnraums zu nutzen und bewarben uns auf das ausgeschriebene Bauland. Der Schwerpunkt unseres Konzepts liegt darin, langfristig sozialverträglichen Mietwohnungsbau und ökologische Ansprüche zusammen zu denken. Die zukünftigen Wohnungen im

Neubau sollen unseren bisherigen Wohnungsbestand so ergänzen, dass bedarfsgerechtes und flächensparendes Wohnen für Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen möglich wird. Mit diesem Ansatz haben wir die städtische Vergabekommission überzeugt und den Zuschlag erhalten.

Die Sicherung langfristig sozialverträglicher Mieten – als Herzstück von Wohnprojekten im Mietshäuser Syndikat – war für uns die Grundvoraussetzung dafür, eine Bewerbung für einen Neubau einzureichen. Dabei profitieren wir enorm vom Erfahrungsschatz und der solidarischen Unterstützung unseres Netzwerks. Konkret haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Mieten des Neubaus an die Mieten unseres Altbestandes anzugleichen. Sieben Euro Kaltmiete/m² liegen in Tübingen mehr als 40 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete für Neubauten. Dieses Ziel ist ambitioniert, doch wir sind zuversichtlich: Mit der Querfinanzierung von 30.000 Euro pro Jahr vom Alt- in den Neubau sind die Mieten des Neubaus jedoch bereits um drei Euro/m² günstiger als die tatsächlichen Erstellungskosten erfordern würden. Zusätzlich können wir davon ausgehen, dass auch dieses Mal wieder genügend Menschen unsere Idee von solidarischem und sozialverträglichem Wohnen teilen und mit einem Direktkredit unterstützen. Insbesondere im direkten Vergleich zu anderen Neubauprojekten motiviert es uns, zu sehen, welche Möglichkeiten sich durch nicht-profitorientiertes Wirtschaften ergeben. Unser Neubau soll das demonstrieren und darf anderen motivierten Gruppen zur Inspiration dienen.

Eine ganz andere Herausforderung sind unsere ökologischen Ansprüche.

Dies betrifft einerseits die Baukosten, da ökologisches und kostensparendes Bauen nicht immer miteinander vereinbar sind, andererseits aber auch die Auseinandersetzung darüber, wie viele Quadratmeter pro Person für individuelle Bedarfe und wie viele als Gemeinschaftsflächen eingeplant werden sollten. Angesichts unserer Kriterien haben wir uns für einen Holz-Hybrid-Bau im KfW40-Standard entschieden. Möglichst viele Elemente sollen aus Holz gefertigt, Beton nur sparsam verbaut und Aspekte von Ökologie und Nachhaltigkeit bei sämtlichen Entscheidungen berücksichtigt werden – von der Auftragsvergabe bis zur Wahl von Materialien.

Flexibilität für »Jokerzimmer«

Um Kosten zu sparen, bauen wir modular. Das heißt, in jeder Etage entstehen fünf baugleiche 40 bis 45 m²-Einheiten nebeneinander, die zu unterschiedlichen Wohnungsgrößen kombiniert werden können. Insgesamt schaffen wir 15 Wohneinheiten für circa 25 Menschen und circa 130 m² Gewerbeflächen, darunter ein Café als Begegnungsort für den Stadtteil. Neben einer Kostenersparnis ermöglicht uns die modulare Bauweise Flexibilität für »Jokerzimmer«: Einzelne Zimmer können zu einem späteren Zeitpunkt von größeren Wohneinheiten abgetrennt und der Nachbarwohnung zugeschlagen werden.

In der Flächennutzung sollen die Wohnungen des Neubaus den Wohnungsbestand in unseren Altbauten sinnvoll ergänzen, um auch langfristig Veränderungen von Wohnraumbedürfnissen Rechnung tragen zu können und gleichzeitig den Flächenverbrauch pro Person im Blick

zu behalten. Bei sämtlichen Wohnungen – orientieren wir uns an den Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus. Einer Person stehen demnach 45 m² zur Verfügung, für jede weitere Person kommen 15 m² hinzu.

In unseren vier bestehenden Häusern fehlen bisher vor allem Ein- bis Drei-Zimmer-Wohnungen, um Menschen mit verändertem Bedarf zu ermöglichen, im Projekt wohnen zu bleiben. Insbesondere für Eltern, deren Kinder ausgezogen sind, bieten diese Wohneinheiten die Möglichkeit, auf weniger Raum zu leben und die großen Wohnungen frei zu machen. Gästezimmer, die von allen Projektbewohner*innen bei Bedarf genutzt werden können, sind dafür eine wichtige Ergänzung.

Da im Altbau bisher nur eine einzige Wohnung barrierearm für einen Bewohner mit Rollstuhl umgebaut wurde, spielt zusätzlich die Barrierefreiheit eine große Rolle für den Neubau – auch mit Blick auf zukünftiges Wohnen im Alter: In jedem Stockwerk wird es mindestens eine komplett barrierefreie Wohnung geben. Darüber hinaus werden alle Wohnungen und auch die Gemeinschaftsflächen und Gewerberäume barrierefrei erreichbar sein. Auf einem Stockwerk wird eine inklusive Clusterwohnung mit vier Wohneinheiten für Menschen mit und ohne Behinderungen entstehen.

Wir denken, dass wir mit diesem Konzept viele soziale und ökologische Aspekte mit einer hohen Wohnqualität für die zukünftigen Bewohner*innen zusammengeführt haben und sind gespannt, welche Impulse unsere Überlegungen für den Neubau auch für das Leben in den Altbauten auslösen. Eine Herausforderung wird sicherlich sein, Bewohner*innen von Neubau und Altbauten in eine Projektgemeinschaft zu integrieren – auch weil wir bei der Auswahl neuer Mitbewohner*innen Kriterien sozialer Diversität mitbedenken möchten. Wenn darüber hinaus auch andere Projekte inspiriert werden, Freiräume ihrer Selbstverwaltung zu gestalten, hat sich das Engagement sogar doppelt gelohnt.

Link: vier-haeuser-projekt.de

ANZEIGE

**graswurzel
revolution**

GWR 468
April 2022

Schwerpunkt:
„Krieg dem Kriege“

Probeexemplar kostenlos:
www.graswurzel.net

AUFSTAND DER LETZTEN GENERATION

» Wir haben die moralische Pflicht, es zu versuchen «

Fünf Wochen lang haben Aktivist*innen der »Letzten Generation« zivilen Widerstand geleistet und dabei für Störungen auf Autobahnen, Häfen und Flughäfen gesorgt. Henning Jeschke (22) hat den Aufstand der letzten Generation mit angestoßen. Mit ihm sprach CONTRASTE-Redakteurin Regine Beyß.

CONTRASTE: Henning, wie bist du zur letzten Generation gekommen?

Henning Jeschke: Vor zwei, drei Jahren habe ich gemerkt, dass ich die Versuche, über Aufklärung und Vorträge etwas zu verändern, nicht mehr zeitgemäß finde. Ich habe auch an Aktionen von »FridaysForFuture«, »Ende Gelände« und »Am Boden bleiben« teilgenommen – und bin dann auf das Konzept von Extinction Rebellion (XR) gestoßen. In Norddeutschland habe ich Gruppen mit aufgebaut und wir haben Aktionen gemacht. Gleichzeitig habe ich viel über den aktuellen Stand der Klimawissenschaft aber auch zu zivilem Widerstand gelesen und mich irgendwann entschieden, mein Studium zu unterbrechen, weil mir das, was ich dort gemacht habe, nicht mehr sinnvoll erschien. Der unaufgehaltene Klimanotfall wird unsere Gesellschaft zerstören und mir wurde klar, dass nur massenhafter Widerstand das politische Versagen beenden kann.

Wie hat sich die Gruppe gegründet?

Wir waren so fünf, sechs Leute, die wieder mehr Schwung reinbringen wollten in die Bewegung. Wir haben uns deshalb entschieden, einen Aktionsplan zu schreiben und zu schauen, wie der ankommt. Sieben Leute sind letztes Jahr in den Hungerstreik gegangen, das war sozusagen der Auftakt vor der Bundestagswahl. Im Oktober und November hat dann ein Teil der Hungerstreikenden weitergemacht und über 50 Vorträge in unterschiedlichen Städten gehalten, um Menschen zu mobilisieren. Und es gab am 12. November das Gespräch mit Olaf Scholz, bei dem wir angekündigt haben, dass wir für massiven Druck auf den Autobahnen sorgen werden, wenn er und die nächste Regierung nicht auf den Bürgerrat hören.

Auf den Bürgerrat Klima bezieht ihr euch immer wieder. Welche Bedeutung hat dieses Gremium für euch?

Der Bürgerrat Klima ist für uns ein anderer Modus von Demokratie, nämlich die Überzeugung, dass »einfache« Bürger*innen bessere Entscheidungen treffen können als Leute, die in korrupten Strukturen hängen – vor allem in Krisen- und Notfallzeiten. Wenn Bürger*innen sich mit einem Thema beschäftigen, verschiedene Standpunkte anhören, sich einarbeiten, sich zusammensetzen und diskutieren, können sie langfristige Visionen entwickeln. Außerdem war der Bürgerrat tatsächlich repräsentativ, was Geschlecht, Alter, Klasse und Herkunft der deutschen Bevölkerung angeht.

Wie organisiert ihr euch?

Der Aktionsplan wurde von einer kleinen Gruppe erstellt – und es gibt auch weiterhin diese zentrale Gruppe, die die »großen« Entscheidungen trifft, zum Beispiel wann eine große Aktion stattfindet. Wir finden diese funktionelle Hierarchie sinnvoll, weil Prozesse mit mehr als zehn Leuten einfach an Geschwindigkeit und Effizienz verlieren – das zeigen auch Studien aus den Sozialwissenschaften. Für uns gibt es noch etwas zwischen »top down«-Strukturen und »Alle



▲ Aktivist*innen vom »Aufstand der Letzten Generation« blockierten am 24. Januar die A103 in Berlin-Steglitz.

Foto: Gil Bartz

entscheiden mit«. Wir haben aktuell sieben Arbeitsgruppen, in denen die Aktiven selbstständig entscheiden können. Und wir achten sehr darauf, transparent zu arbeiten und unsere Entscheidungen immer zu begründen. Ich denke, der größte Feind demokratischer Entscheidungen ist die Intransparenz. Im Moment haben wir in weit über 20 Städten kleine Gruppen und wir halten Kontakt zu den regionalen Koordinationspersonen, um alle Infos weiterzugeben. Alles wird getragen von der Initiative vieler Einzeller.

In Aktionsform und Aktionskonsens gibt es viele Parallelen zu den Ideen von XR.

Ja, wir beziehen uns auf ähnliche Quellen des zivilen Widerstands wie XR und orientieren uns teilweise auch an unseren Erfahrungen in diesem Umfeld. Wir arbeiten im ständigen Reflektions- und Lernmodus und probieren immer wieder bestimmte Aktionslogiken aus – auch im Zusammenspiel mit Vorträgen, Pressearbeit etc. Wichtig ist uns, dass die Menschen, die mitmachen, mit ihrem Gesicht und ihrem Namen dazu stehen und bereit sind, die Konsequenzen der Aktionen zu tragen. XR hat gerade in London einige erfolgreiche Aktionen organisiert, aber inzwischen sind auch bei XR zumindest in Deutschland viele Aktionen nur noch symbolisch.

Wieso habt ihr euch für das Thema »Essen retten« entschieden?

Wir haben ein Thema gesucht, das klar und einfach umsetzbar ist, das verständlich ist und gleichzeitig die systemischen Probleme gerade in Zeiten des Klimanotstands aufzeigt. Gleichzeitig taucht es bei allen Menschen im Alltag auf. Wir haben uns dabei auch an den Empfehlungen des Bürgerrats Klima orientiert.

Ihr habt in den letzten Wochen sehr viel auf die Beine gestellt. Woher nehmt ihr die Ressourcen für eure Arbeit?

Es gibt Leute, die unglaublich viel ackern, weil sie sich so im Moment am wirksamsten fühlen. Wir achten darauf, dass wir gut planen, dass wir Prioritäten setzen und auch regenerative Phasen einplanen. Außerdem versuchen wir, unser Wissen über Dinge, die gut funktionieren, zu teilen. So gibt es zum Beispiel Anleitungen, die wir zur Verfügung stellen – so dass jede*r mitmachen kann. Es gibt inzwischen ähnliche Gruppen in Österreich, Italien, Frankreich und Großbritannien, mit denen wir uns

vernetzen und »Best-Practice-Beispiele« miteinander teilen. So können an unterschiedlichen Orten Aktionsformen und Mobilisierungskonzepte getestet werden und wenn sie gut funktionieren, können wir sie hoch skalieren. Getragen werden wir von viel freiwilliger Arbeit – können aber dank Spenden auch Lebenshaltungskosten einiger Aktiver decken.

Was macht ihr, damit ihr dabei nicht ausbrennt?

Ich denke, das ist eine wichtige Frage, denn wir haben keine Schnitte, wenn wir die Burnout-Kultur des Kapitalismus nicht bedenken. Wir sind ja nicht frei davon. Deshalb machen wir wöchentliche Treffen unter dem Titel »Mut und Vertrauen bilden«. Da geht es nicht um Aktionen, sondern um emotionale Themen. Wir versuchen auch, eine Kultur zu pflegen, in der es nicht nur um den Outcome geht, sondern die Gemeinschaft von Menschen wertzuschätzen, die gerade aktiv ist. Wir haben keine Erwartungshaltung, dass alles klappen wird – aber dass wir die moralische Pflicht haben, es zu versuchen. Wir wollen eine Gesellschaft präformieren, die resilienter ist gegen Krisen und Probleme wie Diskriminierung wirklich angeht.

Welche Reaktionen habt ihr bisher aus der Bevölkerung bekommen?

Wir haben einen demokratischen Blick auf Macht, das heißt, wenn ein gewisser Teil der Bevölkerung aktiv für eine Veränderung Widerstand leistet und ein größerer Teil die Ziele des Widerstands teilt, dann schwindet der Gehorsam für die fossile Zerstörung immer mehr. Bei der Thematik »Essen retten« sind rund 95 Prozent inhaltlich einverstanden. Im Moment legen Umfragen nahe, dass 70 bis 80 Prozent der Leute zu unseren Autobahnblockaden sagen: »Davon halte ich nichts.« Die anderen 20 bis 30 Prozent schwanken ein wenig und ungefähr ein Prozent der Bevölkerung haben das Argument »Es ändert sich ja sowieso nichts« von uns zerstört bekommen und sind jetzt bereit, sich anzuschließen. Wir haben es mit ca. 50 Leuten geschafft, in den Medien präsent zu sein und eine gewisse Diskursmacht zu entfalten – und wir werden mit 200 Menschen wiederkommen.

Und wie reagieren Medien und Politik?

Die Medien waren am Anfang vor allem an den Aktionen interessiert, denn die »Medien erzählen lieber die

Geschichte vom Kampf anstatt vom Kampf um die Geschichte«, wie es in einem Handbuch zu Pressearbeit so treffend heißt. Ab der vierten Aktionswoche haben viele Medienberichte aber auch kontextualisiert, das fand ich gut. Da konnte man auch schon mal lesen, dass morgen als weitsichtig gelten kann, was heute noch als krass gilt.

Bei den Politiker*innen habe ich den Eindruck, dass die Fakten teilweise noch gar nicht angekommen sind, vor allem emotional. Die Politiker*innen ziehen sich oft auf den Standpunkt zurück: »Wir können ja gar nichts machen, was nicht im Koalitionsvertrag steht. Das ist Erpressung.« Wenn aber eine Bevölkerung mehrheitlich dafür ist, dann läuft doch der Vorwurf, wir würden die Politik erpressen, völlig ins Leere.

Wie geht ihr bei euren Aktionen mit der Polizei um?

Das ist ein schwieriges Thema, weil sehr viele verschiedene Erfahrungen gemacht wurden. Wir sind in dem Sinne auch nicht repräsentativ, weil viele der Aktivist*innen weiß und akademisch sind. Die Polizei hat ihre strukturellen Probleme. Punkt. Wir fahren auf der Straße und im Kontakt einen Umgang, der nicht nur ein Gegeneinander der feindlichen Kräfte bedeutet. Wir setzen darauf, dass das, was wir tun, auch im Werteverständnis der Polizist*innen andocken kann. Und wir beleidigen sie nicht. Wenn sich der fossile Kapitalismus in den nächsten Jahren mit Händen und Füßen wehrt, dann ist es am Ende auch eine Frage der Loyalität der Sicherheitskräfte. Die können auch denken: »Ich hab kein Bock, dass meine Kinder verrecken.« Wir denken, es ist eine dann gute Rebellion, wenn auch das vorkommen kann. Nichts desto trotz werden wir uns nicht einschüchtern lassen und werden einfach furchtlos weitermachen, wenn sie uns zum Beispiel mit Schmerzgriffen »bearbeiten« oder uns drei Tage inhaftieren.

Was denkst du, habt ihr bisher erreicht?

Wir denken, dass der ausschlaggebende Punkt für eine Widerstandsbewegung ist, dass Menschen die Taten von anderen sehen, die eine Wirkung haben. Dann schließen sie sich an. Und ich denke, da haben wir einiges geschafft. Das Ganze wächst: Mehr als 100 Leute wirken nun mit, viele auch in Vollzeit. Innerhalb eines Monats gab es 250 Festnahmen von Menschen. Ich schätze die Diversität von verschiedenen Ansätzen, aber

ich denke, es müssen Kristallisationspunkte geschaffen werden, um etwas zu organisieren, was weitergehen kann.

Wie geht es weiter?

Wir planen eine gewisse Unterbrechung von den Blockaden und der Kampagne #essenrettenlebenretten. Wir müssen uns auch des Angriffskriegs in der Ukraine und seiner Wirkung auf die deutsche Gesellschaft bewusst werden. Der Krieg hängt direkt mit unseren Geldern an fossile Despoten überall in der Welt zusammen. Und die Regierung will jetzt verstärkt auf fossiles Gas setzen und weiterhin neue Öl- und Gasfelder weltweit fördern? Ab April kommen wir wieder, um mit mehr Menschen das Bankenviertel in Frankfurt lahmzulegen. Unser Motto lautet: Stoppt den fossilen Wahnsinn!

Links:
letztegeneration.de
buergerrat-klima.de

Video vom Gespräch zwischen Aktivist*innen der letzten Generation und Olaf Scholz:
bit.ly/3Mo0HzE

Forderungen #essenrettenlebenretten

1. Die Bundesregierung soll gegen Lebensmittelverschwendung vorgehen und große Supermärkte dazu verpflichten, noch genießbares Essen zu spenden – und so gegen den Welthunger vorzugehen und deutlich ihren CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Damit das passiert, soll die Bundesregierung ein Essen-Retten-Gesetz nach dem Vorbild Frankreichs einbringen. Ein ausgearbeiteter Gesetzesentwurf liegt vor.

2. Die Bundesregierung soll gesetzliche Maßnahmen für eine echte Agrarwende bis 2030 festlegen, basierend auf den 19 Empfehlungen des Bürgerrats Klima im Bereich Ernährung. Laut einer Umfrage von Juni 2021 seien rund 80 Prozent der Bevölkerung dafür, dass die Bundesregierung die Empfehlungen des Bürgerrat Klima als Orientierungshilfe verwenden sollte.

Die aktuellen Forderungen der Letzten Generation zur Kampagne #StopptdenfossilenWahnsinn unter:
letztegeneration.de/forderungen

GENOSSENSCHAFT PRO BINNTAL, SCHWEIZ

Gerettetes Kleinod im abgelegenen Alpental

Mehr als einmal stand das Hotel Ofenhorn im Walliser Binntal vor dem Untergang. Doch seit sich eine Genossenschaft des Hauses mit Baujahr 1883 angenommen hat, geht es aufwärts. Engagierte Menschen gründeten 1987 die Genossenschaft Pro Binntal, um das unter Denkmalschutzblickwinkel wertvolle Gebäude vor der Schließung zu retten. Sie setzte sich zum Ziel, einen wichtigen lokalen Wirtschaftsbetrieb weiterzuführen sowie Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Bergtal zu erhalten.

BURGHARD FLIEGER,
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Die Konzession zum Bau eines Hotels in Binn geht auf das Jahr 1880 zurück. Bei Baubeginn 1881 übernahm das Ehepaar Schmid-Kräg das Projekt und eröffnete 1883 das damals einfache Berghotel. Beherbergt wurden anfangs vor allem englische Gäste. Insgesamt führte die Familie Schmid den Betrieb während dreier Generationen bis 1968. Mit der Betriebseinstellung schlug 1985 die Geburtsstunde der Genossenschaft Pro Binntal. Mithilfe großzügiger Beiträge von Privatpersonen, Institutionen, Unternehmen und Behörden konnte die Genossenschaft das Hotel im Jahr 1987 erwerben und in den folgenden Jahren stilvoll restaurieren.

Historisches Belle Époque-Hotel

Der Startschuss zur Wiedergeburt als historisches Belle Époque-Hotel Ofenhorn fiel 2007, als der Vorstand der Genossenschaft Pro Binntal das schlummernde Potenzial des Baudenkmals erkannte. Seit dieser Zeit werden alte Oberflächen hervorgeholt und wiederhergestellt, historische Dekors und Möbel restauriert und die Räume detailversessen ausgestattet. Hergestellt wurde auch der Belle Époque-Speisesaal. Die



▲ Das Hotel Ofenhorn im Walliser Binntal aus dem Jahre 1883 liegt idyllisch mitten im Ort, umgeben von traditionellen Holzhäusern.

Foto: Burghard Flieger

ursprünglichen Architekturbänder an der Decke sind wieder gut erkennbar und originalgetreue Rosentapeten zieren die Wände. In dem historischen Saal ist Platz für Gesellschaften mit bis zu 75 Personen.

Das Hotel wäre zur Ruine verfallen, hätten nicht Einheimische aus Binn 1987 die Initiative ergriffen. Sie gehörten zu den Gründungsmitgliedern der Genossenschaft, die das Haus rettete. Bis zum Jahr 2016 waren die meisten Räume stilgerecht instandgesetzt. Gleichzeitig erhielt das Hotel

eine zeitgemäße Haustechnik, mit Personenlift, Holzschnitzel-Heizung und Energie sparendem Maschinenpark in Wäscherei und Küche.

Gemeinnützige Genossenschaft

Ein erfahrener Restaurator übernahm zahlreiche Arbeiten. Er fand in einzelnen Zimmern kunstvolle Deckenmalereien, die er auffrischte, nachdem in den 1970er Jahren alles mit weißem Kunstharzputz übertüncht worden war. Das Resultat sind heute eine

Anzahl Nostalgie-Zimmer mit traditionsgeprägten Wandtapeten und Malereien sowie mit original erhaltenen Betten und Nachttischen. Im Treppenhaus kamen Originalmalereien von 1883 zum Vorschein.

Die Genossenschaft ist als gemeinnützige Organisation anerkannt, finanzielle Zuwendungen an die »Pro Binntal« sind, abgesehen von den Genossenschaftsanteilen, steuerbefreit. Die Mitgliedschaft wird durch den Kauf eines Anteilscheins im Wert von mindestens 250 Schwei-

zer Franken erworben. Mehr als 1.000 Personen sind Mitglied. Sie bekommen regelmäßig Informationen und können so von Sonderangeboten des Hotels sowie von einer symbolischen Preisermäßigung profitieren. Jeweils im Frühjahr findet die ordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand der Genossenschaft besteht zurzeit aus sieben Mitgliedern, die allesamt ehrenamtlich tätig sind. Eine Geschäftsführerin unterstützt ihn bei den laufenden Geschäften.

Naturschutz stärkt attraktives Umfeld

Das Binntal gehört zu den intaktesten Tälern des gesamten Alpenraums. 1964 stellten die Einwohner- und Bürgergemeinde den größten Teil des Tales unter Naturschutz – wichtige Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung. Das Hotel Ofenhorn ist heute idealer Ausgangsort zu unzähligen Aktivitäten und unvergesslichen Erlebnissen im landschaftlich sehr attraktiven Binntal. Es dient als Spannungsort für Wanderer und Naturliebhaberinnen, die sich am Abend müde in eines der Betten in den 30 Zimmern fallen lassen.

Das Hotel selbst hat viel Charme und eine bewegte Geschichte. Die ersten Hotelgäste begegneten noch den Säumern, die Lasten auf dem Rücken von Saumtieren über das Gebirge transportierten. Während früher ein Saumpfad durch die Twingischlucht verlief, führt heute ein immer nur in eine Richtung durchfahrbarer Straßentunnel ins Tal. Abgeschieden ist die Gegend noch allemal. Trotzdem ist das Hotel sehr gut mit öffentlichem Verkehr erreichbar über den SBB-Verkehrsknotenpunkt Brig, dann mit der Regionalbahn nach Fiesch und von dort zweistündlich nach Binn-Dorf.

Link: ofenhorn.ch

GENOSSENSCHAFTLICHE KNEIPE, KÖLN

TRINK—GENOSSE: Trinken für die Demokratie!

Das Genossenschaftsmodell ist ein bewährter Weg, um die Versorgung mit Dienstleistungen von öffentlichem Interesse durch das Engagement und die kollektive Selbsthilfe der Bürger*innen zu verbessern. Die Frage, ob und wie sich die Partizipation auch auf die Mitglieder auswirkt, untersucht ein Forschungsprojekt der Trink—Genosse eG.

KAI BERTHOLD, MICHAEL GROSCHKE UND
JOSCHKA MOLDENHAUER, KÖLN

In Genossenschaften schließen sich Menschen zusammen, um in kollektiver Selbsthilfe gemeinsame Ziele zu verfolgen und Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei werden finanzielle, aber auch kreative und soziale Ressourcen gebündelt und im Rahmen eines demokratisch geführten Unternehmens zur Förderung der Gruppe eingesetzt. Im Zusammenhang mit dieser Werteorientierung wird Genossenschaften mitunter das Potential zugeschrieben, Mitglieder und Nichtmitglieder positiv zu beeinflussen.

Schule der Demokratie?

Genauer gesagt kann die Genossenschaft eine Vorbildfunktion einnehmen, indem die Beteiligung die Mitglieder dabei unterstützt, staatsbürgerliche Kompetenzen herauszubilden. Leider ist dieses vermeintliche Potential bisher wenig beforscht

und entsprechende Zuschreibungen sind weit davon entfernt, allgemeine Gültigkeit beanspruchen zu können.

Die Genossenschaft Trink—Genosse eG ist angetreten, um ihren Mitgliedern mittels Demokratieerlebnissen eine Plattform für die Aus- und Weiterbildung demokratischer Kompetenzen zu bieten. Im Rahmen einer genossenschaftlich bewirtschafteten Kneipe im Kölner Stadtteil Ehrenfeld besteht für die derzeit knapp 200 Mitglieder die Möglichkeit, sich in verschiedenen Formaten gestalterisch einzubringen. Demokratische Arbeitsprinzipien, Prozesse, Methoden und Techniken werden identifiziert, entwickelt, erprobt, überarbeitet und dokumentiert. Von der Namensfindung für die Bar über strategische und politische Fragen, bis zur Getränkeauswahl und Unterhaltungsprogramm: Ziel ist es, durch eine vielfältige und lebhaftige Beteiligungskultur, Demokratieerlebnisse zu erzeugen. Sowohl das allgemeine Demokratievertrauen der Mitglieder soll gestärkt, aber auch spezifische demokratische Kompetenzen herausgebildet werden, die über die Genossenschaft hinaus Anwendung finden.

Um zu überprüfen, ob das Projekt diesem selbst gesetzten Anspruch gerecht wird, evaluiert die AG Wissenschaft das Projekt. In diesem Zusammenhang wurden die Mitglieder zu ihren demokratischen Kompeten-

zen und ihren Erfahrungen mit der Genossenschaftsarbeit befragt. Ziel ist es, Zusammenhänge zwischen einer allgemeinen Beteiligungsintensität, aber auch einzelnen Beteiligungsformaten und Demokratiekompetenzen zu identifizieren.

Die Ergebnisse verdeutlichen Zusammenhänge zwischen der Partizipation am Projekt und einzelnen demokratischen Kompetenzen. So steht etwa die Beteiligungshäufigkeit an Veranstaltungen wie dem Plenum, Generalversammlungen und verschiedenen Gremien in einem engen Bezug zu einem differenzierten Demokratieverständnis sowie Berichten über zivilgesellschaftliches Engagement außerhalb der Genossenschaft.

Empirische Ergebnisse

Die stärksten Effekte konnten bei einzelnen Aushandlungsprozessen beobachtet werden. So berichteten Umfrageteilnehmer*innen, die sich im Prozess der langwierigen und strittigen Namensfindung engagiert haben, über signifikant mehr Verantwortungsgefühl für das Projekt und mehr zivilgesellschaftliches Engagement. Gleiches gilt für Personen, die in der deutlich weniger kontroversen, dafür inhaltlich vielfältigen und aktiven AG Bargestaltung engagiert sind. Zudem gaben die Genoss*innen an, ihre demokratischen Kompetenzen

sehr viel stärker verbessert und ein komplexes Demokratieverständnis aufgebaut zu haben.

Die Ergebnisse der Studie können auf zwei Arten erklärt werden: Zusammenhänge zwischen der Beteiligungsintensität mit demokratischen Kompetenzen können immer auch damit erklärt werden, dass sich demokratiekompetentere Mitglieder stärker beteiligen. Aber auch das Gegenteil könnte zutreffen: Vielleicht führt

die Partizipation an diesem demokratischen Projekt zu Zuwächsen bezüglich der selbst empfundenen Demokratiekompetenz und einem differenzierten Demokratieverständnis. Die Studie ist als Start für eine wiederkehrende Befragung gedacht, mit der das Projekt zu einer Stärkung des Genossenschaftsmodells und der Demokratie beitragen will.

Link: trink-genosse.de



Grafik: Trink-Genosse eG

KÄMPFE VERBINDEN

Drei Jahre im Schildkrötentempo

Die Kämpfe verschiedener Bewegungen miteinander zu verbinden, ist leichter gesagt als getan. Die Initiative »In welcher Gesellschaft wollen wir leben!?« hat genau das versucht – und möchte diesen Anspruch im folgenden Text reflektieren.

STEFFEN HAAG, HAGEN KOPP,
MICKIE SCHLEICHER, ELISABETH VOSS
(REDAKTION DES TROSSENSTEK)

»Wir haben den Eindruck, dass unterschiedliche Gruppen und Netzwerke wieder verstärkt versuchen, »Kämpfe zu verbinden« und dies in konkrete Praxis umzusetzen. Aktuell haben sich zum Beispiel nach den Attentaten von Hanau bundesweit Migrant*in-Gruppen gebildet, einerseits um Selbstorganisation und Selbstschutz voranzutreiben, aber auch um zum Ausdruck zu bringen, dass antifaschistische Kämpfe eine migrantische Orientierung benötigen. In der Klimagerechtigkeitsbewegung wird seit geraumer Zeit kritisch diskutiert, wie es sowohl inhaltlich als auch strukturell gelingen kann, sich mit antirassistischen Bewegungen zu solidarisieren und mit (post)kolonialen Strukturen auseinanderzusetzen. Ein Ausdruck dessen war die BIPoC Climate Justice-Konferenz in Leipzig im November 2020. Aus Care-Debatten entwickelten sich feministisch inspirierte Aktivitäten, die Kämpfe von Lohnarbeitenden mit lohnarbeitskritischen Perspektiven zusammenbringen. Ein weiteres Beispiel ist die Unteilbar-Demonstration im Herbst 2018, die als breitenwirksamste Mobilisierung der letzten Jahre aufschimmerte. Viele Gruppen aus unterschiedlichen politischen Spektren hatten sich in den themenübergreifenden Forderungen wiedergefunden, doch in der Retrospektive zeigt sich, dass der Verbindungsprozess offensichtlich zu oberflächlich blieb und der #unteilbar-Impuls zu keiner spürbaren Versteigerung geführt hat.

Die Hintergründe und Bedürfnisse, aus denen heraus Kämpfe verbunden werden, und auch die Formen der Verknüpfungen sind unterschiedlich. Oft steckt darin die Hoffnung auf eine gemeinsame und damit stärkere politische Schlagkraft. Oder Verknüpfungsprozesse entstehen aus dem Wunsch nach stärkerer Repräsentation und Berücksichtigung der eigenen Positionierung in einer sozialen Bewegung. Auch die eigene Fokussierung und damit Beschränkung auf einzelne gesellschaftliche Problemstellungen kann eine Rolle spielen bei dem Wunsch, sich mit anderen Kämpfen zu verbinden. Nicht zuletzt gibt es die Neugierde und das Interesse, andere Blickwinkel kennen zu lernen und Erfahrungen auszutauschen, die über den eigenen Horizont hinausweisen.

Die gegenseitige Solidarisierung von Kämpfen hat – zumindest auf einer



▲ Gemeinsam gegen Neokolonialismus und für Klimagerechtigkeit: Aktivist*innen beim Ende Gelände-Camp in Brunsbüttel (2021)

Foto: Merwin Goldschmidt

diskursiven Ebene – deutlich an Dynamik gewonnen. Oft findet sie jedoch keine Entsprechung in der Kontinuität von Alltagskämpfen. Gemeinsame Praxis gelingt, wenn überhaupt, eher auf kurze Sicht. Dass Nähe auch Spannungen oder gar neue Zerwürfnisse mit sich bringen kann, gehört ebenfalls zu unseren Erfahrungen.

Was ist bei uns gelaufen?

Die Idee zu einer themenübergreifenden Initiative unter dem Namen »In welcher Gesellschaft wollen wir leben!?« diskutieren einige von uns bereits seit 2016. Im Vordergrund stand damals, dem medial und real immer dominanter werdenden Rechtsruck eine umfassendere emanzipatorische Perspektive entgegenzusetzen. Gleichzeitig wollten wir eine stärkere Vernetzung und gegenseitige Ermutigung in unseren alltäglichen Kämpfen in Gang bringen. 2018 haben wir eine kleine Kerngruppe gebildet mit der erklärten Absicht, einen dauerhafteren, themen- und bewegungsübergreifenden Suchprozess anzustoßen. Als gemeinsame Herangehensweise hatten wir verabredet, dass dieser Prozess in den unterschiedlichen politischen Alltagskämpfen verankert sein und gleichzeitig kontinuierlich in Richtung gesamtgesellschaftlicher Perspektiven wirken sollte. Diese Grundgedanken haben wir schließlich in einem »Manifest der alltäglichen Kämpfe« formuliert und Anfang 2019 veröffentlicht.

Seitdem haben sich Aktivist*innen aus verschiedenen Bewegungen unterschiedlich eingebracht. Einige haben ihre Zustimmung zum Manifest geäußert, andere an entsprechenden Diskussionen mitgewirkt und wiederum andere waren aktiv daran beteiligt, Cross-Over-Workshops zu organisieren, Texte für die Homepage beizusteuern oder Treffen vorzubereiten.

Im Oktober 2019 haben wir im Rahmen der Strategiekonferenz der Bewegungstiftung in Berlin mehrere runde Tische organisiert, um Menschen mit unterschiedlichen Bewegungsperspektiven miteinander in vertiefende Gespräche zu bringen. Offensichtlich waren jedoch die Diskussionszeiten zu kurz, der Austausch blieb oberflächlich.

Als nächsten Fluchtpunkt übergreifender Debatten hatten wir für August

2020 den »Zukunft für alle«-Kongress in Leipzig anvisiert. Corona-bedingt wurde das geplante Zusammenkommen auf die rein virtuelle Ebene verlagert und verlor damit vorab bereits das Potenzial einer lebendigen sozialen Auseinandersetzung. Als Initiative haben wir dennoch ein »Mini-Camp« mit realen Workshops vor Ort organisiert und versucht, unterschiedliche politische Bewegungen in vertieften Dialog und Austausch zu bringen. Während einzelne Gespräche durchaus produktiv und interessant verliefen, blieben die jeweiligen Diskussionsgruppen trotz Online-Zuschaltungen zahlenmäßig sehr klein.

Warum und was versprechen wir uns davon?

»Alle können von Allen lernen« – das war auch im August in Leipzig ein wiederholter Satz, der eine unserer Ausgangsmotivationen einfängt. Die einen kämpfen für bezahlbare Mieten, andere betreiben Seenotrettung, wollen das Abbaggern von Dörfern verhindern oder wirtschaften solidarisch. Im alltäglichen Organisationsprozess stellen sich unterschiedliche, aber auch ähnliche Fragen, mit denen wir in den unterschiedlichen Kontexten konfrontiert sind, zum Beispiel:

- Wer redet für wen?
- Wie und durch wen werden Ziele und Praktiken von Initiativen und Kampagnen bestimmt?
- Wie können wir eine Betroffenenperspektive einnehmen, ohne unterschiedliche Betroffenheiten zu verwischen?
- Warum betonen wir die Kontinuität der Alltagskämpfe und warum stehen wir kurzfristigen Kampagnen eher kritisch gegenüber?
- Was verstehen wir überhaupt unter Alltagskämpfen?
- Wie wichtig ist die »gemeinsame Tasse Tee« als Symbol der alltäglichen Kontakte, des gegenseitigen Zuhörens sowie Zeit- und Ernstnehmens?
- Wie wichtig sind gemeinsame soziale Räume?
- Warum spielen »Empowerment« und »Skill-sharing« eine solch zentrale Rolle?
- Was bedeutet »gemischte Organisation«?

Wir sind davon überzeugt, dass wir von einem Austausch zwischen den politischen Bewegungen ganz prak-

tisch für unseren Alltag lernen und uns gegenseitig unterstützen können. Verknüpfungen zu suchen hat insofern eine alltagskämpferische Dimension.

Gleichzeitig hat dieser Austausch auch eine politisch-perspektivische Dimension. Wenn wir es ernst meinen mit einer gesamtgesellschaftlichen sozial-ökologischen Transformation, dann brauchen wir nicht nur einen Blick über unseren »eigenen« politischen Kampf hinaus, sondern auch eine Verbindung der Kämpfe zu etwas Gemeinsamem. Unausgesprochen davon auszugehen, dass alle schon »irgendwie das Gleiche« wollen, erscheint uns als zu oberflächlich. Unterschiedliche Einschätzungen oder Konflikte zu tabuisieren hilft nicht weiter. In der Offenheit für andere Positionen und in der Solidarität mit den Anliegen anderer, auch wenn sie uns zunächst fremd erscheinen, zeigt sich die Bereitschaft, die eigene Positionierung zu hinterfragen und sich aufeinander zuzubewegen. Wir halten das in dieser Zeit deshalb für wichtig, weil wir immer wieder Abgrenzungstendenzen beobachten und erbitterte Diskurse wahrnehmen, die dann zu Zerwürfnissen führen, wenn sie mit ausgeprägter Vorurteilshaltung geführt werden. Für eine wertschätzende und konstruktive Auseinandersetzung scheint es uns wichtig, die andere Position zu kennen und anzuerkennen. Nach unserer Erfahrung kann das gelingen, wenn Bewegungen in den dauerhaften Austausch miteinander kommen. Letztlich erhoffen wir uns von dieser bewegungsübergreifenden Struktur eine politische Debatte, die Kontroversen benennt und Konflikte nicht ausspart, aber diese mit Respekt und Wertschätzung führt. Und die Debatte sollte die Bereitschaft enthalten, sich auch selbstkritisch zu reflektieren, die Möglichkeit des eigenen Irrtums mitzudenken und offen zu bleiben für andere Positionen. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse finden nicht nur diskursiv statt, aber gemeinsame Alltagskämpfe brauchen solidarische Diskurse.

Woran hakt es?

Der Austausch in unserer Initiative, eine spürbare Weiterentwicklung und die Vertiefung der Verknüpfungsprozesse gestalten sich mühsam. Als chronisches Problem erscheint die

fehlende Zeit und dass sich Aktive dauerhaft überarbeitet und überlastet empfinden oder gar knapp am Burnout vorbei schrammen. Macht es vielleicht auch die Punktualität der sozialen Kontakte schwer, oder gibt es mitunter (versteckte) Konkurrenzen, welche Mobilisierungen und Themen besondere Wichtigkeit haben?

Für unsere Initiative war von Anfang an klar, dass wir keine irgendwie geartete Organisation aufbauen wollen, die sich von außen vor oder über andere Gruppen spannt und eigene Themen setzt. Vielmehr geht es um die »innere Verbindung«, die Eröffnung und Stärkung von Schnittmengen-Räumen. Keine aufwendigen neuen Strukturen, sondern ein beständiges Zusammen-Wachsen bestehender Zusammenhänge. Unser Ansatz war und bleibt, dass wir Knotenpunkte bilden möchten, die sich selbst tragen und aus den Dynamiken der mitwirkenden Alltags-Initiativen gespeist sind. Räume des Austauschs und der Verabredung für gemeinsame Kämpfe, ohne dabei selbst zum Akteur zu werden (ähnlich dem Selbstverständnis der Sozialforen). Die offene Frage steht im Raum: Was wären geeignete Formen der Organisation und Struktur für solch einen Suchprozess?

Trotz allem weiter und fragend voran!

Vernetzung braucht gemeinsame Projekte, praxisnahen Austausch und wiederkehrende persönliche Begegnungen. Im Idealfall geht sie vom politischen Alltag aus. Das benötigt Geduld und Zeit, die wir vermeintlich nicht haben. Zeit für die »gemeinsame Tasse Tee«, das Kennenlernen als Ausgangspunkt dafür, um sich bedächtig und doch entschieden aufeinander zuzubewegen. Damit kommt die Schildkröte ins Bild.

»In welcher Gesellschaft wollen wir leben?!« war bewusst als langsamer Prozess ins Leben gerufen worden. Mit dem »Trossenstek« verbinden wir die Hoffnung, dass dieser Suchprozess Andere mit ergreift beziehungsweise von Anderen aufgegriffen wird.

Manifest der alltäglichen Kämpfe:
bit.ly/3pwTJOM

Gekürzter Beitrag aus Trossenstek # 0, Februar 2021: welche-gesellschaft.org

ANZEIGE

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Café Libertad Kollektiv eG

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg

Telefon: 040-20906892 * Fax: -93

www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de



DIE SOLIDARISCHE LEBENSWEISE

Konturen des Guten Lebens für Alle

Überall auf der Welt setzen sich Menschen für ein friedliches, demokratisches, ökologisch nachhaltiges Miteinander, frei von Ausbeutung, Gewalt und Diskriminierung ein. Manche Ideen werden schon heute umgesetzt, andere sind (noch) theoretische Debatten. Wir sind davon überzeugt, dass es Prinzipien des solidarischen Zusammenlebens gibt, die ganz verschiedene Initiativen und Projekte verbinden und die in ihnen mal mehr, mal weniger deutlich zum Vorschein treten. [...]

Die Prinzipien, die wir hier zusammentragen, sind kein Masterplan, sondern verstehen sich als Beitrag zum großen Suchprozess nach Wegen des Guten Lebens. Sie sollen Halt und Orientierung bieten und Lust machen, weiter zu denken und solidarisches Leben immer wieder neu zu erschaffen. Sie dienen dazu, politisches Handeln auch in der komplexen Wirklichkeit zu ermöglichen und etwaige blinde Flecken alternativer Projekte aufzudecken. Sie sind nicht trennscharf, sie schließen einander nicht aus und sie ersetzen einander nicht. Gerade das macht sie stark: Sie greifen ineinander, stützen sich gegenseitig – und stabilisieren dadurch in der Praxis die solidarische Lebensweise.

Demokratisierung: Was alle angeht, entscheiden alle

Wir sind davon überzeugt, dass alle Menschen die Möglichkeit haben sollten, ihr Leben und alles, was dieses berührt, selbstbestimmt zu gestalten. Dazu benötigen alle Menschen Zugang zu den Mitteln, die für diese umfassende Teilhabe notwendig sind. Demokratisierung bedeutet daher Umverteilung. Bei gleichen Zugängen geht es um zeitliche und emotionale Fähigkeiten genauso wie um Bildung, sowie materielle und soziale Sicherheit. Darüber hinaus braucht es hierfür entsprechende Entscheidungsverfahren, die Machtungleichheiten überwinden und allen Menschen gleichermaßen ermöglichen, zu partizipieren. Das Recht, sich nicht immer mit voller Kraft für seine Rechte einsetzen zu müssen (weil man nicht immer kann oder nicht immer will), muss dabei jedoch gewahrt bleiben.

Demokratisierung denken wir als Strategie der Ermächtigung: Die materiellen Infrastrukturen unserer Gesellschaft, sowie das staatliche und ökonomische Handeln, werden den demokratischen Entscheidungen der Zivilgesellschaft untergeordnet. Dies schließt unser Wirtschaftssystem und Bildungssystem genauso ein wie Ernährung, Energie, Mobilität und Wohnen. Dabei geht es nicht um eine starre Struktur: Wie Entscheidungen auf eine Weise getroffen werden, dass alle Perspektiven gleichberechtigt berücksichtigt werden, muss ständig verhandelt werden. Wichtig ist, dass alle Beteiligten ihre Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Meinungen einbringen können, wenn sie das möchten und darüber hinaus Verantwortung für andere übernehmen. Machtungleichheiten und verletzendes Verhalten werden offen thematisiert, reflektiert und im besten Fall gemeinschaftlich überwunden.

Alle Menschen, die von einer Entscheidung betroffen sind, können mitentscheiden. Anstatt diese Entscheidungen in technokratische Organe auszulagern, speist sich solidarische Demokratisierung unter anderem aus Relokalisierung: Was vor Ort geklärt werden kann, sollte auch dort entschieden werden. Wesentliche Aspekte der Entscheidungsgewalt liegen bei lokalen Einheiten, die in offenen, transparenten und basisdemokratischen Verfahren allen Menschen gerechte Teilhabe ermöglichen.

Universale, globale soziale Rechte und Vereinbarungen müssen translokal – also über nationale oder regionale Grenzen hinweg – verhandelt, sowie demokratisch legitimiert werden. Es bedarf daher großer Institutionen, die lokale Einheiten vernetzen, für Austausch sorgen und übergeordnete Entscheidungen koordinieren. So kann der Schutz von Minderheiten und diskriminierten Gruppen gewährleistet und eine gemeinsame Wertebasis garantiert werden. [...]

Commoning: Die schöpferische Kraft des Gemeinschaftens

Menschen sind auf materielle Güter und Ressourcen angewiesen. Die imperiale Lebensweise organisiert die Verteilung der Güter über Privateigentum und Profitmaximierung. In einer solidarischen Lebensweise können Menschen Güter nach ihren Bedürfnissen nutzen, ohne dabei die Bedürfnisse anderer zu verletzen.



▲ Das Konzept der solidarischen Lebensweise

Illustration: Sarah Heueroth

Gemeingüter (englisch: Commons) sind eine dritte Art »jenseits von Staat und Markt«, Güter zu nutzen und zu verwalten. Ob etwas ein Commons ist, hängt nicht vom Gut selbst ab, sondern vom Prozess des Gemeinschaftens (Commoning), also dem Umgang damit: Gemeingüter entstehen, wenn die Beteiligten sie gemeinschaftlich erzeugen, pflegen und nutzen. Sie sind daher immer sozial. Alle möglichen Arten, Güter herzustellen und zu erhalten, an denen Menschen gemeinsam beteiligt sind, sind als Commoning denkbar. Die beteiligten Menschen entscheiden gemeinsam über die Gestaltung des jeweiligen Gemeingutes. In diesem Prozess ist das Prinzip der Demokratisierung zentral. Dabei orientieren sie sich an ihren eigenen grundlegenden Bedürfnissen, handeln gemeinschaftlich eine Lösung für alle aus und zielen auf eine bedürfnisorientierte Nutzung, ohne dabei den langfristigen Erhalt des Gemeinguts zu gefährden. Auf diese Weise ermöglichen sie ein Weniger an Gebrauchsgütern.

Commoning verändert die Perspektive auf die Ressourcen und Dinge, die Menschen zum Leben brauchen. Exklusives und uneingeschränktes Privateigentum ist mit Commoning nicht vereinbar. In den jetzigen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Strukturen können Gemeinschaften und die Vergesellschaftung von Ressourcen aber auch in privaten und öffentlichen (staatlichen) Organisationsformen stattfinden – solange diese nicht profitorientiert sind und Konkurrenz um knappe Güter nicht länger die Maxime ist. Dass dies langfristig klappen kann, zeigt das Mietshäuser Syndikat (siehe auch Artikel auf Seite 5): Wohnraum aus dem privaten Immobilienmarkt wird in eine gemeinwohlorientierte GmbH überführt, weswegen mit den so organisierten Häusern nicht mehr spekuliert werden kann. [...]

ReProduktion: Gemeinsam für alle(s) sorgen

Wenn wir ernst nehmen, dass Menschen aufeinander und auf die Natur angewiesen sind, verschiebt sich der Fokus unseres Schaffens: Es geht darum, Leben zu erhalten, Teilhabe zu sichern und Bedürfnisse zu verwirklichen, ohne andere auszubeuten. Das ist das Prinzip der ReProduktion beziehungsweise der Sorge. Das, was wir heute als Erwerbsarbeit bezeichnen, trägt dazu nur teilweise oder gar nicht bei. Trotzdem wird die Erwerbsarbeit gemeinhin als »produktive« Tätigkeit betrachtet. Der reproduktive Teil der Tätigkeiten – also die Sorgearbeit für Menschen, wie Kranken- und Altenpflege, Kinderbetreuung oder Hausarbeiten und auch der Erhalt der Natur – wird abgewertet, sogar dann, wenn diese Tätigkeiten als Beruf ausgeübt werden.

So wird in der imperialen Lebensweise die Auslagerung von Kosten auf die Natur oder auf Menschen (mehrheitlich sind es Frauen*), die prekäre Sorgearbeit verrichten, gerechtfertigt.

Wir wollen eine Lebens- und Produktionsweise, die nicht länger zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten trennt und sich konsequent an der Logik der Sorge orientiert. Dafür räumen wir der Sorgearbeit einen zentralen Stellenwert ein. Für uns umfasst der Begriff nicht nur klassische reproduktive Tätigkeiten sondern alles, was Leben spendet, erhält und zur Entfaltung bringt. Es geht also nicht ausschließlich um Waschen, Putzen, Kochen, Pflegen, sondern auch darum, Lebensmittel anzubauen, Bedarfsgegenstände herzustellen, zu musizieren. Deshalb sprechen wir auch von ReProduktion, um die heute getrennten Sphären von Produktion und Reproduktion zusammenzudenken: Tätigkeiten erfahren ihre Anerkennung nicht mehr dadurch, dass sie ökonomischen Mehrwert produzieren, sondern dadurch, dass sie sich auf das Wesentliche beziehen, nämlich die Erhaltung und Entfaltung menschlichen Lebens sowie die ökologische Unversehrtheit. Das bedeutet, dass Erwerbsarbeit sich grundlegend verändert: Sorgende Tätigkeiten im Privaten oder im Beruf werden aufgewertet, weswegen Menschen dafür mehr Zeit als das Überbleibsel einer 40-Stunden-Woche brauchen. [...]

Dependenz: Die Natur als Mitwelt statt als Müllhalde

Sorge und Beziehung schließt für uns das Verhältnis zwischen Menschen und der Natur – und somit die gesellschaftlichen Naturverhältnisse – mit ein. In der imperialen Lebensweise wird die Natur äußerlich gedacht, beispielsweise als stummes Rohstofflager oder Mülldeponie, die die Menschen ausbeuten, verschmutzen und manipulieren können. Die Logik der Sorge hingegen erinnert daran, dass Menschen auf die Natur angewiesen sind: Sie umgibt uns nicht nur, sondern wir sind auf unzählige Weisen mit ihr verflochten (Dependenz). Wir sind selbst Natur. Sie erinnert uns außerdem daran, dass die Zyklen der Natur verletzlich sind und auch die Kraft, die sie zur Regeneration benötigt, endlich ist. Auch die Natur braucht Sorge. [...]

Der Verantwortung für die Mitwelt werden Menschen gerecht, wenn gesellschaftliche Natur-

verhältnisse demokratisiert werden. Demokratische Institutionen und Organisationsformen sorgen dafür, dass über Fragen nach Naturverbrauch, Güterproduktion und Zugang zur Mitwelt kollektiv beraten und entschieden wird. Die Auslagerung von Kosten auf die Mitwelt muss bei Entscheidungen mitbedacht und soweit gesenkt werden, dass sich die Mitwelt in ihrem eigenen Tempo und ihrer eigenen Logik regenerieren kann. Konkret bedeutet dies: Natürliche Kreisläufe langfristig erhalten und Lebensräume schützen, Umweltverschmutzung reduzieren, weniger Ressourcen verbrauchen. Demokratisch gewählte Fürsprecher*innen können darüber hinaus die Rechte der Mitwelt gegenüber anderen Interessen vertreten und verleihen ihr auf diesem Wege eine Stimme.

Suffizienz: Es ist genug für alle da

Das Prinzip der Suffizienz hält der Wachstumslogik der imperialen Lebensweise – Mehr ist besser! – ein Genug! entgegen. Darin steckt für uns eine doppelte Forderung: Zum einen sollen alle Menschen genug haben, um ein gutes Leben führen zu können. Zum anderen müssen Gesellschaften und soziale Gruppen, deren Lebensweise einen zu großen ökologischen Fußabdruck erzeugt, diesen drastisch verkleinern. Das beinhaltet auch gesellschaftliche Gleichheit: Menschen mit zu viel Macht und Eigentum müssen einen entsprechenden Teil ihrer Ansprüche abtreten.

Suffizienz zielt darauf, dass die Menschen weniger Ressourcen (Energie, Material und so weiter) als heute verbrauchen. Die Nachfrage nach ressourcenintensiven Gütern und Dienstleistungen sinkt oder wächst zumindest langfristig nicht. Gerade für die globale Ober- und Mittelschicht schrumpft bei Überwindung der imperialen Lebensweise der absolute Materialverbrauch (Degrowth). Suffizienz heißt nicht absoluter Verzicht, sondern verschiebt den Maßstab: Die Frage ist nicht mehr, was ist schneller, besser, weiter, sondern was ist genug. [...]

(siehe dazu auch Infokasten »Bedürfnisse« auf Seite 10)

ANZEIGE

Die nächste Eskalationsstufe Bluttest auf Trisomien wird Kassenleistung

Zehn Jahre sind seit der Markteinführung des Nicht-invasiven Pränataltests (NIPT) in Deutschland vergangen. Der Test untersucht das Blut schwangerer Personen auf genetische Eigenschaften der Föten. Die unmittelbar bevorstehende Kassenfinanzierung des Tests markiert die nächste Eskalationsstufe der Normalisierung vorgeburtlicher Diagnostik. Dieser Schwerpunkt beschäftigt sich mit Hintergründen, Ambivalenzen und Dynamiken des NIPT sowie der Kassenfinanzierung.

Gen-ethischer Informationsdienst | Zeitschrift für Informationen und Kritik zu Fortpflanzungs- und Gentechnologie | Jetzt bestellen! | Nr. 260 | Februar 2022 | Einzelausgabe 8,50 Euro | Jahresabo (4 Ausgaben) 35,- Euro

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Stephanstr. 13
10559 Berlin
Tel: 030 - 685 70 73
Fax: 030 - 684 11 83
gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de
Spendenkonto (IBAN):
DE15 4306 0967 1111 9023 33



SOLIDARISCHE GEBRAUCHSGÜTER PRODUZIEREN

Der andere Kreislauf

Eine Reihe aktivistischer, emanzipatorischer Initiativen zeigen entlang der globalen Wertschöpfungskette solidarische Alternativen auf. Sie verbindet im Kern ein Streben nach Suffizienz und Commoning. Führen wir diese weiter, müssen wir danach fragen, was Menschen wirklich brauchen und wie sie Gebrauchsgüter wahrnehmen.

Wenn Gebrauchsgüter aufhören Eigentum zu sein, sondern deren soziale Nutzung in den Mittelpunkt rückt, eröffnet sich eine andere Welt, in der genug für alle da ist. Von wenigen Gegenständen können viele Menschen ihre Bedürfnisse erfüllen. Diese solidarische Utopie benötigt sowohl zeitliche Ressourcen als auch die entsprechende Infrastruktur. Für die gemeinschaftliche Herstellung und Nutzung von Gebrauchsgütern braucht es neue alternative Räume wie Tausch- und Umsonstläden und Platz für Open-Source-Projekte. Diese »utopietauglichen Halbinseln« geben die Möglichkeit – fern von Profitlogik, Leistungsdruck und Selbstoptimierung – Räume anderer Selbstverständlichkeiten zu schaffen. Je näher die Utopie rückt, in der Gebrauchsgüter Commons sind, desto lokaler, nachhaltiger und suffizienter können sie sein.

Besonders im Rohstoffsektor gehört zu den wichtigsten Forderungen mehr zu recyceln, nachwachsende Rohstoffe zu verwenden und den Abbau von Rohstoffen einzuschränken. Viele Initiativen setzen sich dafür ein, dass die Erschließung und der Abbau von Rohstoffen transparent und demokratisch legitimiert sind. Dies bedeutet, dass Bürger*innen im Globalen Süden mitentscheiden können, ob und unter welchen Bedingungen Baumwolle angebaut, Erze geschürft oder Wälder gerodet werden. Dazu müssen Vorhaben von Bergbauunternehmen offen liegen und Entscheidungen gegen Korruption abgesichert sein. Zu den Organisationen, die diese Transparenz fordern, gehören die »Southern Africa Resource Watch« oder die »Conflict Free Tin Initiative«. Im Globalen Norden ist es deswegen wichtig, die Herkunft von Rohstoffen nachzuvollziehen, um sicherzustellen, dass diese unter solidarischen Bedingungen gewonnen wurden.

Fairphone sucht neue Wege

Die Firma Fairphone hat 2013 als erster Mobilfunkhersteller den Versuch unternommen, ein ökologisch und ethisch vertretbares Smartphone zu produzieren mit dem Ziel, konfliktfreie Rohstoffe zu beziehen und die Arbeitsbedingungen beim Abbau und den Zulieferern zu verbessern. Derzeit startet Fairphone eine Initiative für fair gehandeltes Gold aus Uganda, an der sich auch der Elektronikkonzern Philips beteiligt. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sehen solche Partnerschaften als sehr

Korrektur

In der letzten Ausgabe ist uns an dieser Stelle ein Fehler passiert. Das Bild »Behinderte Kinder im Behindertenheim Kainbach/Steiermark (1980)« ist nicht von Sigrid Schönfelder, sondern von Peter Nausner. Wir bitten um Entschuldigung.

ANZEIGE

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In der April-Ausgabe u. a.:

- Krieg um die Ukraine: eine internationalistische Antwort, mit Beiträgen aus den USA, Russland, der Ukraine und Deutschland
- Ökologischer Umbau der Autoindustrie: was die Ampel tut und was zu tun wäre
- Neue Perspektiven für die Klimabewegung

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de
www.sozone.de



▲ Der solidarische Kreislauf von der Baumwolle bis zu uns und immer weiter

Illustration: Sarah Heuzeroth

wichtig an, weil sie neue Maßstäbe und sozial-ökologische Standards setzen. Signalwirkung für die Industrie hat auch der modulare Aufbau: Er vereinfacht Reparaturen und technische Upgrades und sorgt so für weniger Elektroschrott. Allerdings hat Fairphone die Produktion von Ersatzteilen für die erste Generation des Smartphones aufgrund der zu kleinen Menge und entsprechender Unwirtschaftlichkeit eingestellt – und durch einen Kundenmarktplatz für Ersatzteile und gebrauchte Telefone ersetzt. Fairphone zeigt, wie Unternehmen strukturelle Veränderungen in der Wertschöpfungskette bewirken können: durch ein hohes Maß an Transparenz, einen aktiven Dialog mit Käufer*innen und NGOs, stetige Verbesserungsansätze und Untersuchungen zu Recyclingoptionen für elektronische Geräte.

Produktion solidarisch organisiert

Ein Gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen bedeutet auch, dass Produkte und Produktionsprozesse neu gedacht werden müssen. Besonders der Textilsektor steht seit dem Rana Plaza Unglück in Bangladesch im Jahr 2013 am Scheideweg. Beim Einsturz der Textilfabrik, in der Arbeiter*innen Kleidung für Marken wie K&N, Primark, Benetton und Zaras Mutterkonzern Inditex herstellten, verloren 1.136 Menschen ihr Leben, rund 2.500 wurden verletzt. Andrew Morgan, Regisseur der Dokumentation »The True Cost – Der Preis der Mode«, kommt zu dem Fazit, dass die meisten großen Modekonzerne das Warnsignal durch Rana Plaza ignoriert haben. Es führte aber dazu, dass sich vermehrt Aktivist*innen und Unternehmen für eine gerechtere, menschlichere und nachhaltigere Zukunft in der Modewelt einsetzen. Seit der Berichterstattung in den Medien sind sich viele der hauptsächlich weiblichen Arbeiter*innen der Ausbeutung in der Bekleidungsindustrie bewusst geworden. Sie organisieren sich und kämpfen für ihre Arbeitsrechte. Unterstützt werden sie dabei unter anderem vom Internationalen Netzwerk der Kampagne für saubere Kleidung. Die Clean Clothes Campaign (CCC) arbeitet bereits seit 1989 zu den sozialen Aspekten der Textilindustrie (siehe CONTRASTE-Schwerpunkt in Ausgabe Nr. 413/Februar 2019). In ihr verbinden sich über 200 Menschenrechtsorganisationen, Frauenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, NGOs und Verbraucher*innenverbände. Diese Nord-Süd-Zusammenarbeit stärkt Arbeiter*innen in südlichen Ländern dabei, ihre Rechte gegenüber internationalen Textilunternehmen durchzusetzen. Die Kampagne half unter anderem, Abkommen für mehr Sicherheit und Entschädigungszahlungen durchzusetzen. Die im November 2016 gegründete South Asian Regional Coalition innerhalb der

CCC soll Akteur*innen im Globalen Süden besser vernetzen. Im Globalen Norden bemüht sich die Who made my clothes-Kampagne der Initiative Fashion Revolution darum, die Auslagerung von Schäden und die wahren Kosten der Produktion sichtbar zu machen.

Auch einige Unternehmen denken um und bemühen sich hauptsächlich lokal herzustellen. Was heute ein Wettbewerbsnachteil ist – ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften – sollte in Zukunft belohnt werden: mit geringeren Steuern, niedrigeren Zöllen, günstiger Finanzierung oder dem Vorrang in öffentlicher Beschaffung. Ansätze wie die Gemeinwohlökonomie, versuchen dies voranzutreiben.

Solidarisch handeln

Neben einer Stadt der kurzen Wege bedarf es weltweit auch eines Handels der kurzen Wege. Die einzelnen Produktionsschritte eines Gebrauchsguts sollten so nah wie möglich beieinander liegen. Dazu gehört auch eine möglichst lokale und solidarische Produktion. Grundlegend dafür ist, dass die handwerkliche Arbeit, die in vielen Produkten steckt, fair und solidarisch entlohnt wird und dass Wissen über Technologien global frei zugänglich sein sollte. Ein Beispiel dafür sind weltweit Open-Source-Ecology-Projekte. Grundgedanke ist es, die digitale Vernetzung zu nutzen, um frei von Konkurrenz gemeinschaftlich Gebrauchsgüter (fast) in einem öffentlichen, lokalen Kreislauf herzustellen. In den USA wurden kollektive Baupläne für unterschiedliche Maschinen wie Solarpanels, Autos und Landwirtschaftsmaschinen entwickelt, die öffentlich verfügbar sind. Mit Hilfe von weiteren Freiwilligen (als Crowdsourcing bezeichnet), werden die Maschinen in OpenEco-Labs zusammengesetzt und darauf ausgerichtet, möglichst wenig zu verbrauchen und sich – durch Vernetzung – stetig zu verbessern. Die gemeinsame Herstellung und Nutzung, also das Commoning, dieser Maschinen macht eine lokalere Produktion möglich. Für die Güter, die global gehandelt werden, muss es faire und solidarische Grundsätze geben. Das Netzwerk Gerechter Welthandel oder Friends of the Earth Europe fordern eine Handelsagenda, die statt der Gewinne von Konzernen die Rechte der Menschen und der Mitwelt in den Fokus nimmt. [...]

Links:

afreewatch.org
fairphone.com/de
cleanclothes.org
fashionrevolution.org
ecogood.org
opensourceecology.org
gerechter-welthandel.org
foeeurope.org

I.L.A.-Werkstatt

Die I.L.A.-Werkstatt ist ein Projekt des Vereins Common Future. Dr. Thomas Kopp hat das Projekt initiiert und gestaltet die Werkstattreihe zusammen mit den Projektleiter*innen und der Prozessbegleiterin Karin Walther. Die Texte auf den Seiten 9 bis 11 stammen aus »Das Gute Leben für alle«. Die Autor*innen sind Christoph Ambach, Monika Austaller, Hermine Bähr, Christopher Beil, Anton Brokow-Loga, Laima Eicke, Nilda Inkermann, Friederike Hildebrandt, Elisabeth Jeglitzka, Tobias Kalt, Julia Kolbinger, Jonas Lage, Felix Ries, Johanna Ritter, Tobi Rosswog, Christiane Schwausch, Wiebke Thomas, Katharina van Treec und Simon Walch.

Link: ilawerkstatt.org

Die beiden Bücher »Auf Kosten anderer« und »Das Gute Leben für alle« sind auf der Webseite des Oekom-Verlags als kostenloses PDF erhältlich: oekom.de

Bedürfnisse haben Grenzen!

In der imperialen Lebensweise ist das Nachdenken über Bedürfnisse stark durch die konventionellen (neoklassischen) Wirtschaftswissenschaften geprägt. Aus ihrer Sicht sind menschliche Bedürfnisse grenzenlos, die dafür zur Verfügung stehenden Mittel knapp. Es gibt demnach auch keinen qualitativen Unterschied zwischen dem Gut Trinkwasser und dem Gut Yacht. Die Befriedigung der Bedürfnisse erfolgt über den Markt, über Angebot und Nachfrage. Das Modell ist elegant, denn es funktioniert, ohne dass man darüber reden muss, wem was und wie viel zusteht. Doch die Anhänger*innen dieser Logik drücken sich davor, die wichtigen Fragen nach gerechter Verteilung und ökologischer Suffizienz anzugehen.

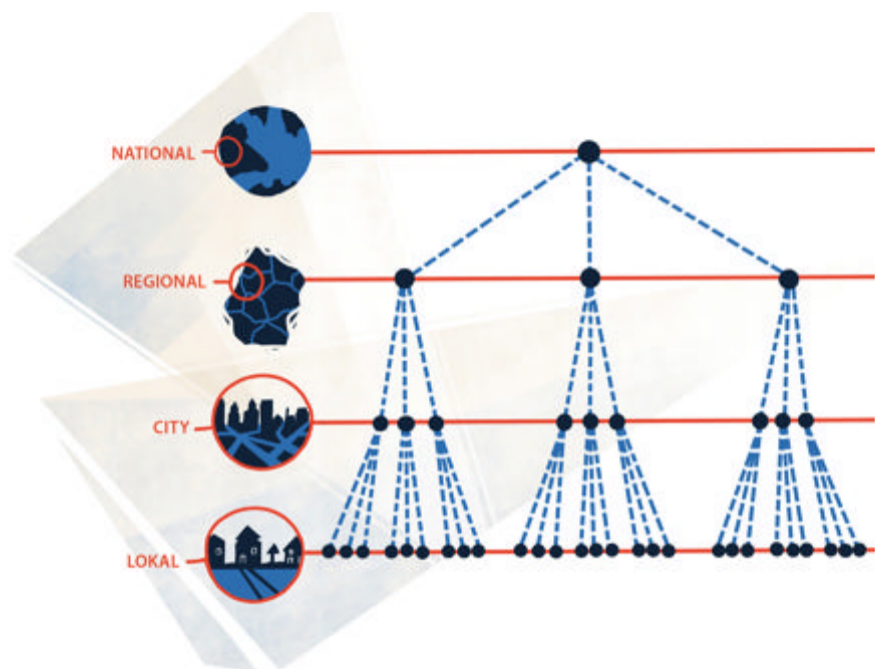
Dabei ist klar, dass Bedürfnisse weder eine rein individuelle Entscheidung noch allein »biologisch« bestimmt sind. In der imperialen Lebensweise brauchen Menschen in ländlichen Räumen meistens ein Auto, weil die Verkehrsinfrastruktur eine andere Mobilität nicht vorsieht. Gestützt wird das durch gesellschaftlich geteilte Werte eines erfolgreichen Lebens, die unser Verhalten und unsere Bedürfnisse stark beeinflussen: Wer sich kein Auto, keine Flugreisen in ferne Länder oder keine Putzkraft für Zuhause leisten kann, der hat es nicht »geschäftlich«. Dieses Denken wird gefördert durch gesellschaftliche Gruppen (zum Beispiel die Automobilindustrie), die davon profitieren. Gerade weil die gegenwärtige Form der Bedürfnisbefriedigung auf Kosten anderer geht, ist die Frage umso wichtiger: Was brauchen wir wirklich?

Eine konstruktive Debatte über Bedürfnisse kann man zum Beispiel dann führen, wenn man wie der chilenische Ökonom Manfred Max-Neef zwischen grundlegenden Bedürfnissen (»needs«) und den verschiedenen Wegen, diese zu verwirklichen (»satisfier«), unterscheidet: Das Auto ist kein Bedürfnis (»need«), sondern ein bestimmtes Mittel zur Verwirklichung eines Bedürfnisses nach Teilhabe und Anerkennung (oder etwas Anderem). Folglich kann es auch andere Wege geben, dieses Bedürfnis zu verwirklichen. Statt zu konsumieren können wir beispielsweise Zuneigung schenken oder einer sinnstiftenden Tätigkeit nachgehen.

Eine solche Perspektive dreht die Vorstellung der grenzenlosen menschlichen Bedürfnisse in einer Welt knapper Mittel auf den Kopf: Die Grundbedürfnisse sind begrenzt, aber die Weisen, sie zu verwirklichen, grenzenlos. Es ist vor allem eine kulturelle und soziale Frage, welche dieser Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Frage »Was brauchen wir wirklich?« ist deshalb hochpolitisch, und keine rein individuelle: Wir müssen kollektiv entscheiden, welche Bedürfnisse wir für die wichtigsten halten. Zu den Grundbedürfnissen zählen für Max-Neef die Sicherung der materiellen Lebensgrundlage, Schutz und Sicherheit, Zuneigung und Zuwendung, Verständnis, Teilhabe, Muße, Kreativität, Identität, Autonomie und Transzendenz. Wir müssen dann unsere Produktions- und Lebensweise so gestalten, dass sie allen ermöglicht, diese Bedürfnisse zu verwirklichen, ohne auf Kosten unserer Mitwelt zu gehen.



Wie wir Gesellschaft gemeinsam gestalten



▲ Räte und Repräsentative Demokratie im Vergleich

Illustrationen: Sarah Heuzeroth

Wir glauben, dass es tiefgreifende Veränderungen der politischen Organisation der gesamten Gesellschaft in der solidarischen Lebensweise bedarf. Es geht darum, Ideen und Praktiken zu entwickeln, wie sich Menschen gemeinsam solidarisch in größeren Gesellschaften organisieren können.

Es braucht demokratische Gremien und Institutionen auf allen politischen Ebenen, damit bei allen Fragen möglichst alle Menschen partizipieren können. Diese Strukturen sollen hierarchiefrei sein und Minderheiten schützen, um Ausbeutung zu verhindern. Andererseits sollen die politischen Institutionen auch dazu dienen, die solidarische Lebensweise abzusichern.

Den Rat neu erfinden

Jenseits nationalstaatlicher Strukturen ermöglichen Räte die politische Organisation. Räte haben sich schon früher in Zeiten von Krisen und Umbrüchen gebildet. So formten sich in der russischen Revolution während des ersten Weltkrieges 1917 Arbeiter*innen und Soldatenräte. Im Zuge des spanischen Bürgerkrieges (1936 bis 1939) begannen die Menschen in Nordspanien sich selbst zu organisieren, kollektivierten Land und Industrien und etablierten eine Rätestruktur, um gemeinsam Entscheidungen zu treffen.

Räte basieren auf der Idee der Basisdemokratie. Das bedeutet, dass all jene, die wollen, sich beteiligen und mitentscheiden können. Durch ein Mehrebenensystem können sich einzelne Gruppen auf unterschiedlichen Ebenen vernetzen.

Dabei werden Vertreter*innen aus den unteren Ebenen in die nächsthöheren Ebenen entsandt. Diese Vertreter*innen sind gegenüber der Basis direkt verantwortlich, an deren Weisungen gebunden und jederzeit austauschbar. Dies und eine regelmäßige Rotation zwischen unterschiedlichen Aufgaben verhindert, dass sich zu viel Macht bei einzelnen Personen konzentriert. Parteien braucht es in diesen Strukturen nicht, da alle gemeinsam für das Wohl der Gesellschaft verantwortlich sind.

Rätesysteme sind außerdem föderal: Entscheidungen werden auf der möglichst kleinsten Ebene getroffen, die höheren Ebenen sind immer an die niedrigeren Ebenen rückgekoppelt. Dieses Prinzip bezeichnet man als Subsidiarität. In der Praxis gestalten sich Räte sehr unterschiedlich, je nachdem in welchem Kontext sie entstehen. In einzelnen Lebensbereichen wurden bereits Räte auf lokaler Ebene vorgestellt.

Ein Rätesystem im größeren Stil ist der demokratische Konföderalismus. Er wird derzeit in Teilen der kurdischen Region Rojava praktiziert. Während des syrischen Bürgerkrieges haben dort Menschen aus verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften damit begonnen, sich basisdemokratisch zu organisieren.

Das System basiert auf vier Ebenen: den Kommunen, den Stadtteilräten, dem Stadt- oder Gebietsrat und dem Volksrat Westkurdistans. Auf den einzelnen Ebenen gibt es verschiedene Kommissionen zu Themen wie Wirtschaft, Umwelt, Geschlechterfragen oder Verteidigung. Diese sollen die aktuellen Notwendigkeiten der

Verwaltung, Strom- und Lebensmittelversorgung, aber auch gesellschaftliche Probleme diskutieren und lösen. Der Vorsitz der einzelnen Kommissionen und Räte ist immer doppelt besetzt: mit einem Mann und einer Frau. Ob sich die Rätestrukturen dort langfristig etablieren und ausweiten können, ist keineswegs sicher. Dennoch macht Rojava Mut [...].

Update für die parlamentarische Demokratie

Deutschland ist, wie viele andere Länder, eine sogenannte parlamentarische Demokratie. In regelmäßigen Wahlen wählt die Bevölkerung Vertreter*innen verschiedener Parteien für einen bestimmten Zeitraum in ein Parlament. Diese Vertreter*innen erarbeiten neue Gesetze und repräsentieren ihre Bürger*innen im Parlament. So das Ideal! In einer immer komplexer werdenden Welt wird das aber immer schwieriger. Vorwürfe wie »Die da oben kümmern sich nicht mehr um uns hier unten« und »Wir können sowieso nur das kleinere Übel wählen« sind an der Tagesordnung. Wir vom I.L.A.-Kollektiv finden: Richtige Demokratie kann nicht darin bestehen, alle paar Jahre ein Kreuzchen zu machen. Demokratie bedeutet Volksherrschaft und die besteht darin, regelmäßig mitzubestimmen und zugleich Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen.

Eine prominente Idee für solche Mitbestimmung ist die Direkte Demokratie. Damit ist die Möglichkeit für die gesamte Bevölkerung gemeint, sich stärker an den politischen Entscheidungen beteiligen zu können. Die Schweiz ist Vorzeigeland, was die Möglichkeit der Bürger*innen betrifft, direkt zu partizipieren. Auch in Deutschland gibt es bereits verfügbare Werkzeuge der Direkten Demokratie. In einzelnen Bundesländern ist es erlaubt, Volksbegehren zu starten, um wichtige Anliegen auf die Agenda der Politik zu bringen. Erfolgreiche Volksbegehren waren jenes zum Erhalt des Tempelhofer Feldes in Berlin, oder auch das gegen die Studiengebühren an Hochschulen in Bayern. Die Organisation Mehr Demokratie aus Deutschland setzt sich seit 30 Jahren für bundesweite verbindliche Volksbegehren ein. Direkte Demokratie birgt aber auch Gefahren. Rechts-populistische Parteien können dieses Instrument nutzen, um ihre menschenverachtenden oder umweltzerstörenden Interessen durchzusetzen. Umso wichtiger ist eine rechtliche Verankerung der Werkzeuge der Direkten Demokratie, damit sie mit den Prinzipien der solidarischen Lebensweise übereinstimmen. Darüber hinaus ist es auch die Aufgabe von Bildungseinrichtungen, Menschen darauf vorzubereiten, sich kritisch eine Meinung zu bilden und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.

Die Rahmenbedingungen ändern!

Um die demokratische Teilhabe aller Menschen zu ermöglichen, brauchen wir ein System, das die Menschen sozial absichert. Wenn Menschen nicht mehr Tag für Tag arbeiten müssen, um sich den Alltag leisten zu können, haben sie mehr Zeit, um sich in der Gesellschaft zu engagieren

und sie zu verändern. Durch sozialpolitische Maßnahmen kann gesellschaftliches Engagement gestärkt werden.

Es gibt unzählige Vorschläge für Veränderungen und Reformen. Wir als I.L.A.-Kollektiv geben uns aber nicht nur damit zufrieden, das zu verändern, was im Moment als möglich betrachtet wird. Vielmehr geht es darum, das gegenwärtige System in Frage zu stellen und grundlegend zu verändern. Potenzial für einen solchen Wandel sehen wir in folgenden Vorschlägen:

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens und zusätzlich eines angemessenen Mindestlohns für alle Bürger*innen wäre ein Anfang. Die Lohnarbeitszeit pro Woche müssen wir reduzieren und Programme entwickeln, die Firmen und Organisationen dabei unterstützen, Jobs aufzuteilen. Durch einen Lohndeckel würden die Bestverdienenden nicht mehr als zum Beispiel das 30-Fache des Grundeinkommens erhalten. Steuern auf Eigentum, das nicht benutzt wird, wie etwa das zweite oder dritte Haus, verhindern Kapitalanhäufungen.

Darüber hinaus sollen gesetzliche Maßnahmen ein günstiges Bahnsystem bereitstellen, den genossenschaftlichen Wohnbau fördern und dezentrale, Erneuerbare Energie unter lokaler demokratischer Kontrolle unterstützen. Weitere Vorschläge sind die Vergemeinschaftung von Infrastrukturen wie der Wasserversorgung und die Förderung von nachhaltigen Produktionsmethoden wie der Permakultur. Subventionen, Steuerbefreiungen und Gesetze können Foodcoops, Genoss*innenschaften und Hausgemeinschaften fördern. Außerdem wäre die Einführung von Umweltrichtlinien eine sinnvolle Maßnahme auf dem Weg in eine solidarische Lebensweise. Denn es braucht verbindliche Limits des CO₂-Verbrauchs, wenn wir ökologisch schädliches Verhalten eindämmen wollen. [...]

Link: mehr-demokratie.de

Wo ist meine ›Frontline‹?

In der nordamerikanischen Klimagerechtigkeits-Bewegung hat in den letzten Jahren der Begriff der »Frontline Communities Einzug« gehalten. In Nordamerika werden Öl-Pipelines durch indigene Territorien gelegt und Schäden durch Hurrikans betrafen in der Vergangenheit vor allem einkommensschwache und afroamerikanische Stadtviertel. Oftmals sind es diese unmittelbar betroffenen Gemeinschaften, die politisch aktiv werden und Widerstand leisten und somit zu Frontline Communities werden, die an ›vorderster Front‹ gegen die imperiale Lebensweise kämpfen.

In einem ersten Schritt möchten wir daher die Fragen aufwerfen: Auf welche Weise bist du oder ist dein Umfeld negativ von der imperialen Lebensweise betroffen? Wohnst du auf dem Land und werden Bus- oder Bahnverbindungen eingestellt? Leidest du unter langen Arbeitszeiten und hohem Arbeitsdruck oder hast du Freund*innen mit Burnout? Musst du sinnlose Tätigkeiten am Arbeitsplatz verrichten und wünschst dir mehr Mitbestimmung? Wird von dir als Frau erwartet, dass du dich mehr um den Haushalt und die Kinder kümmerst als dein Partner? Erfährst du Rassismus oder machen dich rassistische Beleidigungen gegenüber Freund*innen wütend? Fühlst du dich angesichts des Klimawandels und globaler Ungerechtigkeiten ohnmächtig?

In einem zweiten Schritt geht es darum, uns mit anderen zusammenzutun, die Ähnliches erfahren und erleiden. Gemeinsam können wir Wut und Frust in positive Energie umwandeln und politisch aktiv und widerständig werden. Wenn kollektive Betroffenheit mit kollektiver Organisation einhergehen, entstehen neue Frontline Communities. Neue Kämpfe gegen die imperiale Lebensweise tauchen auf, Menschen entwerfen solidarische Alternativen und probieren sie aus. So entstehen Stadtteilinitiativen gegen Verdrängung, Projekte solidarischer Landwirtschaft oder Initiativen für Umverteilung.

Schließlich geht es, drittens, darum, die verschiedenen Kämpfe nicht getrennt voneinander zu betrachten. Sondern, gerade weil sie sich alle gegen Auswirkungen der imperialen Lebensweise errichten, das Gemeinsame in den verschiedenen Kämpfen und Ansätzen zu finden und sich mit anderen Frontline Communities zusammenzuschließen.

Vielleicht fällt es dir aber auch schwer, deine direkte Betroffenheit so klar zu benennen oder du fühlst dich besonders betroffen von Naturzerstörung oder Ausbeutung im Globalen Süden. [...] In diesem Fall kann solidarische Unterstützung, die Aufmerksamkeit und Netzwerke schafft, sinnvoll sein. Sie sollte sich allerdings davor hüten zu bevormunden. Eine Gruppe indigener Aktivist*innen aus Australien formulierte es folgendermaßen: »Wenn du gekommen bist, um mir zu helfen, verschwendest du deine Zeit. Aber wenn du da bist, weil deine Befreiung mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammenarbeiten.« [...]

ANZEIGE

Ossietyzky

Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietyzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

jetzt abonnieren ab Heft 1/2021

www.ossietyzky.net

Ossietyzky Verlag GmbH • ossietyzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre

Die Schaubühne seit 1905 Die Weltbühne seit 1918



I.L.A. WANDELWERKSTATT 2019-2021

Eine Reise durch die Bewegungen unserer Zeit

Was bewegt Bewegungen dieser Zeit? Was bewegt uns und wie können wir etwas bewegen? Diese Fragen beschreiben die im November 2019 gestartete dritte I.L.A.-Werkstatt. Sie wollte praktische Wege ausprobieren, wie wir von einem Leben auf Kosten anderer zum Guten Leben für alle gelangen.

ANNE-KATHRIN SCHWAB, I.L.A. WANDELWERKSTATT

Das in den Jahren zuvor erarbeitete Wissen aus den ersten beiden Werkstätten sollte durch konkrete Wandelprojekte auf kreative und alternative Art und Weise in die Gesellschaft getragen werden. Die Teilnehmer*innen entwickelten während der Projektlaufzeit vier Projekte, die mit Innovationen im Bereich öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kommunikation Menschen für eine global gerechtere und nachhaltigere Lebens- und Wirtschaftsweise sensibilisieren und handlungsfähig machen sollten.

Podcastreihe »Ohne Mehrwert«

In der Podcastreihe »Ohne Mehrwert« geht es um Inspirationen durch zukunftsfähige Ökonomieformen geht. Das Team besucht Genossenschaften, selbstverwaltete Kollektive und andere Betriebsformen, die bedarfsgerecht und ohne privatwirtschaftliche Gewinnabsichten wirtschaften. Sie interviewen die Menschen vor Ort und finden in den Betrieben heraus, wie es zur Gründung der Betriebe kam, was diese Wirtschaftsform ausmacht, wie sie in ihrem Umfeld wirken und was die Menschen dort in ihrem Schaffen und Leben bewegt. Der Podcast soll so Motivation und Ideen für ähnliche Wege geben. Die Folgen werden online veröffentlicht mit weiterführenden Links und nützlichen Infos zu dem jeweiligen Thema.

Bisher sind fünf spannende Sendungen entstanden, in die es sich lohnt, hineinzuhören. Der erste Besuch führt sie zum Wohnprojekt »Seume 14« und den Prozess der Vergemeinschaftung eines Mietshauses in Berlin-Friedrichshagen. Nina und Simon berichten, warum das Mietshaus verkauft werden sollte und sich Menschen aus der Not heraus zusammenfanden, um das Haus in Gemeinschaftseigentum zu überführen. Sie schildern den Kaufprozess, die Alltagspraxis der Selbstverwaltung und das Leben ohne Mitmach-Zwang. Die zweite Folge handelt von der Entstehung eines Kiezes mitten in Berlin, dem »Möckernkiez« in Berlin-Kreuzberg. Hier erzählen Bewohner*innen, Haussprecher*innen, Gründungsmitglieder und Vorstände der Genossenschaft, wie die Idee entstand, mitten in Berlin einen neuen Kiez aufzubauen und warum fundierte Expertise bei Großprojekten unausweichlich ist.

Die dritte Folge beschäftigt sich mit dem Landgut Neuendorf: 2017 hat eine Gruppe von Menschen dieses große Gelände in Zusammenarbeit mit Stiftungen gekauft und wohnen dort nun gemeinsam mit den Alteingesessenen. Im Podcast erzählen sie, wie das Zusammenleben funktioniert und wie dort eine solidarische Landwirtschaft aufgebaut wurde. Die Bewohnerinnen teilen auch ihre Erfahrungen mit den demokratischen Entscheidungsstrukturen mit



▲ Demokratische Kontrolle und Mitbestimmung

Illustration: Sarah Heuzeroth

Konsensanspruch und ihrer Geduld, die eben diese kosten. Auch die besondere Geschichte des Landgutes wird angeschnitten: Es war einst eine Hachschara-Stätte, ein Ort, an dem jüdische Jugendliche und Erwachsene bis in die 1930er Jahre auf die Ausreise in das damalige Palästina und andere Länder vorbereitet wurden.

Die vierte Folge handelt von der Stadtbodenstiftung: einem Community-Land-Trust-Modell für Berlin. (siehe auch CONTRASTE Nr. 439/April 2021) Diese Stiftung will sich in Zukunft dafür einsetzen, Immobilien dem Markt zu entziehen und in eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung zu überführen. Die Stiftungsvorstände erklären, wie das Community-Land-Trust Modell in Berlin umgesetzt werden kann. Die fünfte und bisher letzte Folge stellt die Kulturland eG und die solidarische Landwirtschaft »Ackerilla« als kooperatives Zukunftsmodell vor. Hier sprechen Vertreterinnen der Ackerilla und der Kulturlandgenossenschaft über die gemeinsame solidarische Landwirtschaft, die in der Nähe von Leipzig aufgebaut wurde. Wie funktioniert eine SoLaWi, wie haben sie das Land bekommen, wie sieht der Alltag auf dem Gemüseeker und die Selbstorganisation aus? Sie erzählen davon, wie diese neue Eigentumsform als Allmende ermöglicht und so das Land und der Boden langfristig für regional wirtschaftende Höfe gesichert werden kann.

Solidarische Ökonomie im Werra-Meißner-Kreis

Ein weiteres I.L.A.-Wandelprojekt hat sich zum Ziel gesetzt, die solidarisch wirtschaftenden Betriebe einer Region zusammenzubringen, deren Bedarfe zu eruieren und diese wiederum in einen Austausch zu bringen mit lokalen Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen. Ausgewählt wurde dafür der Werra-Meißner-Kreis in Hessen, weil in dieser Region der Ansatz der solidarischen Ökonomie unter anderem durch die Universität Kassel in Witzenhausen schon weit verbreitet ist und es viele Praxisbeispiele gibt. Die Projektgruppe hat sich im Sommer 2021 selbst auf den Weg gemacht, den Werra-Meißner-Kreis zu erkunden und verschiedene Initiativen zu besuchen.

Der Erfahrungsschatz aus der Modellregion wurde dokumentiert und verbreitet, um Perspektiven für eine allgemeine solidarische Ausrichtung der Wirtschaft aufzuzeigen. Aus den Ergebnissen der beiden Jahre und zwei Workshops ist ein Bericht entstanden, der online und auch als Printversion veröffentlicht wird. Die Leitfrage dieses Berichtes ist es, wie solidarische Wirtschaftsformen kommunal gefördert werden können – am Beispiel des Werra-Meißner-Kreises.

Der Hintergrund für dieses Projekt ist, dass die Gruppe die Solidarische Wirtschaftsweise als

eine Art des Wirtschaftens sieht, die Antworten liefern kann auf die drängenden Fragen dieser Zeit, in der der Klimawandel immer weiter fortschreitet. Solidarisches Wirtschaften steht hier für eine alternative, nicht gewinnorientierte Wirtschaftsweise, die bedürfnisorientiert, demokratisch, selbstorganisiert und inklusiv ausgerichtet ist. Beispiele finden sich in der Solidarischen Landwirtschaft und anderen gemeinschaftlich getragenen Wirtschaftsformen, wie zum Beispiel Umsonstläden, Fairteiler, Tauschläden, Reparaturcafés, selbstorganisierte Wohn- und Arbeitsformen sowie Produktions- oder Konsumgenossenschaften. Diese Wirtschaftsweisen sparen enorme Ressourcen und können somit insbesondere im Kontext der Klimakrise auch Veränderungen in Richtung einer klimagerechten Wirtschaft angestoßen werden. Gerade dem gemeinschaftsgetragenen Wirtschaften kommt hier eine wichtige Rolle zu. Dieses orientiert sich an dem Prinzip der »Community Supported Agriculture« und nennt sich CS-X: »Community Supported Irgendwas«. Dahinter steht die Idee, das gemeinschaftsgetragene Wirtschaften auf möglichst viele Wirtschaftsbereiche zu übertragen. Gerade in Zeiten der Covid-19-Pandemie, in der auch dieses Projekt stattgefunden hat, wurde deutlich, wie sehr die Produktions- und Konsumweisen von komplexen Lieferketten abhängen und es leicht passieren kann, dass diese zusammenbrechen.

Ziel des Wandelprojektes war, dass die Maßnahmen real einen positiven Einfluss auf den Alltag der solidarisch wirtschaftenden Unternehmen haben und sie nicht an den Bedarfen der Praxis vorbei wirken. Zunächst wurde eine »Theory of Change« entwickelt, ein Konzept, wie genau Veränderungen innerhalb des Projektrahmens erwirkt werden können. Die Projektgruppe hat Vorgespräche mit Akteur*innen geführt, solidarische Unternehmen und deren Unterstützungsstrukturen kartiert und ein Projekt-Canvas erstellt. In einem ersten Online-Workshopkonzept hat die Gruppe mittels kollaborativer Online-Werkzeuge die Bedarfe der Solidarischen Unternehmen erhoben. Diese Erhebungsform wurde zuvor auf dem Kongress »Zukunft für alle« getestet. In einem zweiten Workshop wurden die politischen Entscheidung*innen ins Boot geholt, um konkrete Möglichkeiten und Schritte zu erarbeiten, die bedarfsgerecht solidarisches Wirtschaften voranbringen.

Feminist Climate Justice Lab

Das dritte Projekt der I.L.A.-Wandelwerkstatt ist das Feminist Climate Justice Lab. Dies ist ein experimenteller Workshop zum Thema Klimagerechtigkeit, der eine transformative Reise durch die eigenen Körper, Denkweisen und Beziehungen ermöglicht. Die Teilnehmer*innen werden

mit körperbasierten Methoden mit dem Klimawandel, den globalen und sozialen Ungerechtigkeiten sowie mit den rassistischen und sexistischen Strukturen konfrontiert. In dem Workshop wird ein bewusster Raum geschaffen, um sensibel mit Machtdynamiken und Diskriminierung umzugehen. Dieser Raum wird gemeinsam und hierarchiefrei gestaltet. Hier geht es darum, ob wir eventuell auch verlernen können, was tief in dem Geist und Körper durch die letzten Jahrhunderte verinnerlicht wurde.

Mit sozialen Medien begeistern

In dem vierten Wandelprojekt geht es darum, mit sozialen Medien Begeisterung für das gute Leben für alle zu entfachen. Geschichten über das »Gute Leben für Alle« und Live-Gespräche mit Expert*innen und Praktiker*innen sollen Menschen jenseits der akademischen Diskurse informieren und inspirieren. Soziale Medien schaffen hierbei einen niedrigschwelligen Zugang zur Theorie und Praxis des solidarischen Lebens. Ziel dieser Arbeit in den sozialen Medien ist es, mehr Menschen für die Bücher der vorhergehenden Schreibwerkstätten zu begeistern und perspektivisch eine Community für solidarische Alternativen aufzubauen.

Folgen der Pandemie

Die Projektlaufzeit hat insgesamt sehr unter der Pandemie gelitten, weil die meisten geplanten Präsenztreffen online stattfinden mussten und somit die Gemeinschaft und die Freundschaft, die in einem solchen Kontext zentrale Elemente darstellen, nicht lebendig werden konnten. Nichts desto trotz haben die Kleingruppen hervorragend gearbeitet und jede für sich kleine Schritte in Transformation ermöglichen können. Dies war nicht zuletzt ein schöner Beitrag für die eigene Selbstwirksamkeit und hat gleichzeitig Einblicke ermöglicht in die enorme Komplexität, die gesellschaftlicher Wandel bedarf. Denn Wandel braucht auch Zeit und Geduld. So war es ein Samen sähen von transformativen Pflanzen, die mehr und mehr gedeihen mögen.

Links:

Podcast: www.ohnemehrwert.de

Video zum Projekt »Solidarische Ökonomie im Werra-Meißner-Kreis«: youtu.be/XZDY4QmAWEQ

Anne-Kathrin Schwab war Teilnehmerin der I.L.A.-Werkstatt des Wandels von 2019 bis 2021 und hat in der Projektgruppe »Solidarische Ökonomie im Werra-Meißner-Kreis« mitgewirkt. Derzeit arbeitet sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Vechna am Lehrstuhl für Ökonomie der Nachhaltigkeit und forscht über verschiedene Aspekte und Arten nachhaltiger Ökonomie. Sie lebt mit ihrem Sohn in der Villa Locomuna, einer Gemeinschaft mit gemeinsamer Ökonomie in Kassel.

ANZEIGE

Gefangene nicht vergessen!

In schwierigen Zeiten sind verlässliche Informationen lebenswichtig.

Bitte spenden Sie »contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00 Kennwort: »contraste« www.freibabos.de

Freiabonnements für Gefangene e.V.

KOBLENZ AUTOFREI

Verkehrswende von unten

Für eine klimagerechte Zukunft braucht es sofort eine Verkehrswende und die Abkehr vom Auto. Wie eine autonome Selbstorganisation mit Strahlkraft über die eigene »Bubble« hinaus aussehen kann, ohne von radikalen Forderungen abzurücken, zeigt eine Verkehrswende-Initiative aus Koblenz.

SALOMON HOFSTÖTTER, KÖLN

Koblenz ist, wie die meisten deutschen Städte, komplett auf Autos ausgelegt. Man vermisst hier sowohl ein ausgebauten Netz an Nahverkehr, sowie Fahrradwege oder Fahrradstraßen. Wer mobil sein möchte, braucht, so scheint es, ein Auto. Der starke Pendlerverkehr sorgt für ein hohes Verkehrsaufkommen und der ÖPNV zeichnet sich durch seltene Fahrten und teure Tickets aus.

Für neue verkehrspolitische Perspektiven sorgen die Aktionen von »Koblenz Autofrei«. Unter diesem Slogan finden sich Menschen zusammen, um für eine radikale Verkehrswende zu kämpfen. Das Ziel ist ein autofreies, sozial und ökologisch lebenswertes Koblenz.

Keine feste Gruppe

Aktive, die an den Aktionen mitwirken, betonen immer wieder, dass »Koblenz Autofrei« keine feste Gruppe ist, sondern vielmehr eine Plattform, bei der alle mitmachen können und sich an einzelnen Aktionen beteiligen oder diese planen können. In Gruppen, so die Meinung, bilden sich schnell Hierarchien und festgefahrene Strukturen. In dieser autonomen Form der Organisation finden unterschiedliche Meinungen und Positionen ihren Platz. Außerdem wird nicht die Gruppe in den Fokus genommen, sondern die Forderungen. Allerdings zeigt sich anhand der Berichterstattung über »Koblenz Autofrei«, dass diese Form der Organisation für Außenstehende schwer greifbar ist und meist von einer Gruppe gesprochen wird. Im Netz sprechen die Aktivist*innen meist von einem »Wir«. Dieses »Wir« bezieht sich immer auf die Menschen, die am jeweiligen



▲ Besucher*innen des Verkehrswendeaktionstag auf der Mainzerstraße (2020) schauen sich den Verkehrswendeplan für Koblenz an.

Foto: Koblenz Autofrei

Projekt beteiligt waren und ist trotz solcher Verweise teils schwer greifbar. Um darzustellen, wie die Verkehrswende in Koblenz aussehen kann, haben die Aktiven einen detaillierten Verkehrswende-Plan erarbeitet. Darin finden sich die zentralen Forderungen, Illustrationen der zukünftigen Nahverkehrslinien, Fahrradstraßen und der autofreie Innenstadtbereich. Mit dem Plan bekommt der Slogan ein ausgearbeitetes Fundament, welches den Forderungen mehr Ausdruck verleiht.

Die Hauptsäule des Konzepts ist eine Verlagerung des Verkehrs aufs Fahrrad – und zwar um 50 Prozent. Dafür sollen vorhandene Autostraßen zu Fahrradstraßen umgewidmet werden. Weitere Straßen werden nicht gebaut – und somit auch keine weiteren Flächen versiegelt. Als Beispiele dienen Städte wie Groningen, Rotterdam (Niederlande) oder Münster, denen die Verlagerung des Verkehrs gelungen ist. Die Innenstadt soll für den Autoverkehr komplett gesperrt werden. Straßen sollen von Fahrrädern und Bussen befahren werden können, freigewordene Flächen sollen zu Grünflächen,

Verweilorten und für Gastronomie freigegeben werden.

Um den Verkehr in und um Koblenz unabhängiger vom Auto zu machen, soll zudem der ÖPNV ausgebaut werden. Hierfür soll die Taktung der Buslinien erhöht und RegioTramlinien sowie Seilbahnstationen gebaut werden. Für die RegioTramlinien können stillgelegte Bahntrassen wieder aktiviert werden. Andere Stadtteile sollen mit Seilbahnen verbunden werden. Die Besonderheit hierbei: Koblenz hat schon eine Seilbahn, die über den Rhein auf die Festung Ehrenbreitstein führt. Sie könnte recht einfach verlängert und weiter ausgebaut werden.

Damit Menschen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, vor allem aber umsteigen können, sollen diese kostenlos für alle werden. Die aktuellen teuren Tarife des ÖPNV machen die Nutzung vor allem zu einer finanziellen Frage. Dass es möglich ist, einen kostenlosen ÖPNV anzubieten, beweist Luxemburg seit 2020.

Dem Verkehrswende-Plan zugrunde liegt außerdem die Idee der Politik der kurzen Wege. Es geht darum, die Orte außerhalb der Zentren zu

beleben. Mobilität soll nicht dadurch erzwungen werden, dass Geschäfte des täglichen Bedarfs oder Arbeitsstätten nur im Stadtzentrum oder Gewerbegebieten liegen. Stattdessen soll Mobilität gespart werden, indem Kulturangebote, Einkaufsmöglichkeiten und medizinische Versorgung auch in kleinen Orten verfügbar sind. Zudem stellt sich »Koblenz Autofrei« mit dieser Forderung gegen den Ausbau von Gewerbegebieten und der damit verbundenen weiteren Flächenversiegelung. Die Pendlerpauschale soll zur Finanzierung des kostenlosen ÖPNV umgeschichtet werden.

Sich die Straßen aneignen

Seit 2019 organisiert »Koblenz Autofrei« spektren- und gruppenübergreifende Verkehrswende-Aktionstage, die den Forderungen Nachdruck verleihen und diese temporär umsetzen. Die jährlich stattfindenden Aktionstage haben immer einen anderen Schwerpunkt, sowohl was den Ort als auch was die Forderungen angeht. So wurde die Mainzerstraße für einen Tag zur Fahrradstraße, auf der Balduinbrücke führen für einen Tag

keine Autos, dafür aber eine selbstgebaute Straßenbahn. 2021 fand der Aktionstag nahe des durch Hotelbaupläne samt Tiefgarage bedrohten Garten Herlet statt.

Die Aktionstage sind verbunden mit Raddemos, Infoständen, einer Fahrradwerkstatt, Umsonstflohmärkten, Kaffee und Kuchen, Redebeiträgen und vielen weiteren Möglichkeiten des Austausches. Die Aneignung der Straße als Ort des Aufhaltens, Flanierens, Sportelns und Spielens ist für viele Menschen eine neue Erfahrung.

Testwoche zum Nulltarif

Für Wirbel sorgte zuletzt ein im gesamten Stadtgebiet anonym verteilter Flyer, in dem die Stadt Koblenz mit den Koblenzer Verkehrsbetrieben eine Testwoche für den Nulltarif ankündigte. Alle Bürger*innen sollten in diesem Zeitraum kostenlos fahren. Die Stadt und die Verkehrsbetriebe stellten umgehend klar, dass es sich um einen Fake handle, was für Unverständnis in der Bevölkerung sorgte. »Koblenz Autofrei« stellte sich hinter die Forderungen der anonymen Aktivist*innen.

»Koblenz autofrei« zeigt, wie eine autonome Selbstorganisation aussehen kann. Der Schwerpunkt der politischen Arbeit liegt nicht darauf, ein Label zu etablieren oder Identität über eine Gruppe zu schaffen, sondern viel mehr auf konkreten Aktionen. Diese verlassen den klassischen Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen und haben dank ihrer Kreativität und Offenheit eine Strahlkraft in Bevölkerung und Medien. Es wird nicht nur eine Utopie gefordert, sondern diese konkret ausformuliert. Immer wieder wird dazu aufgerufen, sich an Aktionen zu beteiligen. Der niedrigschwellige Zugang ohne hierarchisierte Gruppenstrukturen macht es möglich, selbst aktiv zu werden. »Koblenz autofrei« zeigt exemplarisch, wie für Klimapolitik in Städten gekämpft werden kann und gleichzeitig eine Alternative zur hegemonialen Vorstellung von linker Organisation entstehen kann.

Link: verkehrswende.koblenz.mobi

ACKER BLEIBT! ALSFELD

Widerstand gegen Bodenversiegelung

Die Region des Vogelsbergs in Hessen machte zuletzt durch die Besetzung des Dannenröder Waldes gegen den Bau der A49 auf sich aufmerksam. Nun droht der ländlichen Region das nächste groß angelegte Unheil: Gleich drei Gewerbegebiete mit zusammen weit über 100 Hektar Fläche sollen gebaut werden. Doch auch hier regt sich Widerstand.

CHRISTIAN HENDRICHS,
VERKEHRSWENDE VOGELSBERG
§ TOM ZEDER, ACKER BLEIBT! ALSFELD

Schauen wir nach Alsfeld im Vogelsberg: Dort soll am Homberg, dem Naherholungsgebiet unweit der weitgehend denkmalgeschützten Alsfelder Altstadt, das Industriegebiet »Weißer Weg« entstehen: auf 44 Hektar wichtigem Ackerland. Ein Umweltgutachten des BUND bescheinigt dort Brutgelegenheit, unter anderem der geschützten Feldlerche. Gute Rückhaltung von Regenwasser wird festgestellt. Damit wäre Sense, wenn die 44 Hektar zu rund 85 Prozent versiegelt werden sollten. DHL möchte sich dort ansie-

deln und hat bis zu 400 LKW in den späten Abendstunden (21 bis 23 Uhr) und damit bis zu 4.000 Sprinter ab 5 Uhr morgens angekündigt.

Landwirtschaft und Naherholung statt Gewerbesinn

Doch der Protest geht gerade erst richtig los: Zu den ausgelegten Planungen gab es viele, teils sehr ausführliche Einwendungen. Eine gut besuchte Informativveranstaltung der Fraktion Die Linke im hessischen Landtag informierte dazu, aber auch über den erfolgreichen Widerstand gegen ein planfestgestelltes Gewerbegebiet: Wir erinnern uns an die kreative, zwei Jahre währende Ackerbesetzung im nordhessischen Neu-Eichenberg. Die Politik dort lenkte um, angestoßen von den Aktionen der Bürger*inneninitiative und den Demonstrierenden, die selbst Gemüse für das Umland anbauten und vor Ort Konzerte veranstalteten.

Hier im mittelhessischen Alsfeld gab es bisher zwei Demos gegen die geplante Versiegelung. Getragen

wurden sie von BUND, Die Linke und Verkehrswende Vogelsberg sowie Fridays for Future Alsfeld, dem Gäst_innenhaus aus Dannenrod sowie der neuen Initiative »Acker bleibt! Alsfeld«, die namentlich inspiriert wurde von der Ackerbesetzung in Neu-Eichenberg.

Bei der ersten Demo kamen die Menschen direkt auf der planfestgestellten Fläche bei Eifa (Alsfeld) zusammen, bei der zweiten lautstark in der Altstadt. Die Umweltzerstörung, die jenseits ehrlicher Aufklärung durchgezogen werden soll, wurde so für viele greifbar. Die Ackerfläche in Alsfeld würde ausreichen, um den Kartoffelbedarf von ca. 30.000 Menschen pro Jahr abzudecken. Sie könnte weiterhin CO₂ speichern und Regenwasser binden. Auf der zubetonierten Fläche hingegen würde das Wasser in Richtung Altstadt fließen. Hochwasserschutzmaßnahmen werden bisher von der Stadtregierung (CDU/SPD) verweigert.

Die Strategie der Stadt Alsfeld ist typisch. Sie setzt wie alle auto-

bahnnahe Kommunen in Hessen auf Gewerbegebiete. Doch aktuelle Untersuchungen zeigen, dass es Jahre dauert, bis erste Steuereinnahmen eintreffen. Und in aller Regel gehen die steuerlichen Gewinne woanders hin zum niedrigsten Steuersatz.

Neue Allianzen gegen Bodenversiegelung entstehen

Seit einigen Monaten gibt es eine stetig wachsende Vernetzung gegen das Industriegebiet. Wurde der Widerstand anfangs eher getragen von Verbänden, so hat er sich jetzt deutlich verbreitert. Initiativen von und auf Augenhöhe mit den Bürger*innen wie auch »Region mit Zukunft« sammeln Unterschriften. Viele zeigen zunehmend ihren Missmut über den paternalistischen Umgang der Politik, fordern Lärmschutzmaßnahmen und Durchfahrtsverbote. Und örtliche Unternehmen befürchten, nicht mehr genug Arbeitskräfte zu finden bzw. ihre Fachkräfte abgeworben zu bekommen.

Gerade steht außerdem der gesamte Regionalplan Mittelhessen zur Debatte, der noch viel mehr Flächenversiegelung bringen soll. Initiativen von Betroffenen melden sich beieinander. Sie organisieren sich gegen die Maßnahmen, die ein System der Ausbeutung von Mensch und Natur gedankenlos vorantreibt. Es gibt viel Engagement und Willen dafür, dass hier in Alsfeld und überall der Acker bleiben soll.

ANZEIGE

Gemeinsam
die Welt
verbessern?
Genossenschaft gründen!
www.genossenschaftsgruendung.de
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Baumeisterstr. 2 · 20099 Hamburg · Tel. 040 2 35 19 79-0

ERINNERUNGEN AN ERNESTO CARDENAL

Frühe Reise zum »Buen Vivir«

Eigentlich war dieser Beitrag als Buchbesprechung mit kulturellem Schwerpunkt geplant, da der Autor Siegfried Rapp den ersten Teil seiner Biografie dem nicaraguanischen Poeten und Revolutionär Ernesto Cardenal widmete. Passend zum aktuellen CONTRASTE-Schwerpunktthema soll es nun jedoch auch in den folgenden Zeilen um das »Gute Leben für Alle« gehen. Denn sowohl bei Cardenal als auch beim Buchautor dreht sich vieles um ihre Wege zum »Buen Vivir«. – Eine Spurensuche bei einem guten Freund.

PETER STREIFF, REDAKTION STUTTGART

Als mögliche Antwort auf die »imperiale Lebensweise« diskutiert der CONTRASTE-Schwerpunkt als Konzept das »Gute Leben für Alle«. In der entwicklungspolitischen Szene wird es meist mit den traditionell-indigenen Rechten von Mutter Natur, von »Pachamama«, verbunden, wie sie im Verlauf der letzten Jahre in Bolivien und in Ecuador, dort maßgeblich durch den Wirtschaftswissenschaftler und Intellektuellen Alberto Acosta, eingefordert wurden.

Oft wird dabei vergessen, dass es bereits verschiedene Vorläufer-Debatten mit ähnlichen Forderungen nach solidarischer Lebensweise gab, wozu beispielsweise die Anfänge der nicaraguanischen Revolution von 1979 zählen. Einer der maßgeblichen Protagonisten des »Frente Sandinista de Liberación Nacional« (FSLN) war Ernesto Cardenal, der als Priester und Poet erster Kulturminister der neuen sandinistischen Regierung wurde. Dabei verstand er seine Arbeit als Beitrag zur Entwicklung des »Neuen Menschen«. Vor zwei Jahren ist er 95-jährig in Nicaragua verstorben.

Prägende Begegnung

Seit mehr als 40 Jahren hatte Cardenal eine spezielle Beziehung zu Deutschland, das er mehrfach für musikalische Lesereisen besuchte, und hier insbesondere zur schwäbischen Stadt Ludwigsburg und zu Siegfried Rapp.



▲ Der fast 90-jährige Ernesto Cardenal, Poet und ehemaliger Kulturminister der ersten FSLN-Regierung Nicaraguas (links), und der Autor Siegfried Rapp bei einem Besuch in Ludwigsburg (2012)

Foto: Privat

Als Pädagoge und später als Mediator und ecuadorianischer Honorarkonsul pflegte Rapp eine enge Freundschaft mit Cardenal, da seine Begegnung mit ihm in Nicaragua zwei Jahre vor der Revolution bleibende Spuren hinterlassen hatte.

Laut Hermann Schulz, Wegbegleiter und Live-Übersetzer Cardenals, hätten sie beide »ein Leben lang auf Reisen und darüber hinaus Visionen und Sehnsüchte begleitet, die sie unabhängig voneinander zur prägenden Begegnung mit Ernesto Cardenal und Nicaragua führte«. Das »Unerklärliche« stehe wohl immer am Anfang einer Freundschaft, so Schulz.

In seinem Buch »Visionen Leben« beschreibt Rapp seinen nicaraguanischen Freund in wenigen Worten: »Er

wurde weltweit als Priester, Dichter, Visionär und Revolutionär verehrt. Ernesto kämpfte mit seiner Kommune in Solentiname gegen die Diktatur von Somoza. Sein lebenslanger Einsatz galt einer gerechteren Welt und der Entwicklung des Neuen Menschen. In seinem Leben und Wirken verbindet er analytischen Scharfsinn mit empathischer Liebe zu den Menschen.«

Entwicklung des »Neuen Menschen«

In einem Interview, das Rapp mit seinem Freund in der Funktion als Kulturminister 1985 in Managua führte, fragte er ihn, welchen Beitrag die Kultur leisten könne, um den »Neuen Menschen« zu formen. Cardenal

antwortete: »Alles, was die Kultur in dieser Revolution unternimmt, geschieht im Blick auf die Schaffung des »Neuen Menschen«, des solidarischen Menschen, der für die anderen lebt und sich nicht auf sich selbst und seinen Egoismus konzentriert. Ein Mensch in einer brüderlichen Gesellschaft der Liebe.«

Cardenal ergänzte, für ihn seien die ersten Jahre »eine Revolution ohne Personenkult« gewesen. Worauf dann Rapp fragte, wie er sich das kulturelle Leben in einem Nicaragua ohne Krieg vorstellen würde. »Das kann ich mir nicht vorstellen«, antwortete Cardenal damals euphorisch, »weil diese Revolution jetzt schon alles übertraffen hat, was ich mir von ihr erträumt habe. Was wir bis jetzt

erreicht haben, ist schon eine Menge. Was wir tun könnten – im Frieden – ist unvorstellbar.«

Rückblickend ist es wohl mit seinem damaligen Verständnis nur nachvollziehbar, dass es zum baldigen, ernüchternden Bruch mit der Regierung Ortega kam.

Das Unerklärliche

Rapps Buch ist in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlich: Viele dokumentarische Bilder deuten eher auf einen persönlichen Reisebericht hin. Die knappen Texte haben fragmentarischen und kaum analytischen Charakter – vieles erschließt sich wohl nur Zwischen-den-Zeilen-Lesenden oder persönlichen Freund*innen. Grund ist – und das soll nicht verschwiegen werden – eine unheilbare Krankheit, die es Rapp seit kurzem verunmöglicht, zu sprechen. Daher steht seine Biografie wohl für den Versuch, das Sinnstiftende und Unerklärliche seiner Lebensreise zu ergründen.

Ernesto Cardenal hatte in seinem »Canto Cósmico« Worte gefunden:

»Unser Fleisch und unsere Knochen kommen von anderen Sternen vielleicht sogar aus anderen Galaxien, wir sind universal, und nach unserem Tod werden wir andere Sterne bilden helfen und andere Galaxien. Von den Sternen stammen wir, zu ihnen kehren wir zurück.«

Infos:

Siegfried Rapp: **Visionen leben 1 - Vom Liebesbänke zur Revolution**. 92 Seiten, WINWIN Verlag, Ludwigsburg, mit begleitenden Filmdokumenten aus den 1970ern, 14,95 Euro. Bezug: winwinverlag.de. Band 2 im April 2022 (geplant)

Grupo Sal: **Lateinamerikanische musikalische Unterhaltung von Cardenals Lesereisen**. gruposal.de. Auftritte ab Mai 2022 mit Alberto Acosta, Nico Paech u.a.

CHARLES FOURIER

Frauen, Frühsozialismus und freie Liebe

Seit ein paar Jahren steht am Place de Clichy in Paris, wo der berühmte Boulevard de Clichy beginnt, wieder ein Denkmal für den »Erfinder der freien Liebe« – Charles Fourier. Eine kritische Würdigung zu seinem 250. Geburtstag.

MAURICE SCHUHMAN, BERLIN

ANZEIGE

Viva la autonomía!

Solidarischer Handel mit Kaffee aus Chiapas/Mexiko und Cauca/Kolumbien, Spiel Autonomía Zapatista, Musik von **lucha amada**, Olivenöl von **BeCollective**, Tee von **ScopTi**, Seife von **vio.me**, Bücher & Filme, T-Shirts

Kollektiv Zapatista

Infos und neuer Online-Shop: www.aroma-zapatista.de

Das gusseiserne Originaldenkmal von Charles Fourier wurde während der deutschen Besetzung von Paris eingeschmolzen, weil Kanonen für den Krieg gebraucht wurden. Nun thront auf dem Sockel ein Apfel – in Anspielung an einen Eintrag in seinem Tagebuch. Er postulierte darin, dass vier Äpfel die Menschheitsgeschichte bestimmt hätten – zwei zum Positiven, zwei zum Negativen. Bei letzterem, den Zankapfel, handelt es sich einerseits um den Apfel vom Baum der Erkenntnis, den nach biblischer Überlieferung Eva Adam reichte, und den Apfel, den Paris in der griechischen Mythologie beim Streit der Göttinnen zu vergeben hatte und mit dem der Trojanische Krieg beginnt. Im Gegensatz hierzu steht der Apfel, der Isaac Newton auf den Kopf fiel und jener, den Fourier aß, als ihm seine Ideen kamen.

Außerhalb Frankreichs wird er kaum gewürdigt – trotz einer, seit ein paar Jahren bemerkbaren, Renaissance in Bezug auf Veröffentlichungen von und über ihn. Zu abstrus erscheinen manche seiner Ideen – sei es der vegetarische Anti-Hai oder das nach Limonade schmeckende Meer. Auch

Friedrich Engels hat ihn in seiner Schrift »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Dabei werden aber das Potential und die emanzipatorischen Ansätze des am 7. April 1772 in Besançon geborenen Sozialisten häufig übersehen. Vier Aspekte springen dabei sofort ins Auge:

1. Charles Fourier trat für die Befreiung der Frau ein. Von ihm ist die Aussage überliefert: »Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation.« Damit war er einer der ersten Sozialisten, in deren Werk die Frauenfrage zu einer zentralen wurde und nicht nur als »Nebenwiderspruch« behandelt wurde.
2. Bereits 150 Jahre vor den Hippies proklamierte er das Recht auf »freie Liebe« – in einem umfassenden Sinne. Freie Liebe bedeutete für ich nicht nur Polyamorie oder ein Eheleben ohne Trauschein, sondern ging mit der generellen Befreiung von Sexualität einher. Befreite Sexualität beinhaltete für ihn, in einer Zeit der gesellschaftlichen Ächtung nicht-heteronormativer

Sexualität, auch die Akzeptanz / Toleranz von Homosexualität, Fetischismus und BDSM-Spielarten – alles solange die Beteiligten dies im Einklang praktizierten.

3. Seine Überlegungen zur Organisation der Arbeit waren revolutionär und visionär. Er wollte die Arbeit mit der Leidenschaft koppeln, das heißt Beruf und Berufung vereinen – zu Gunsten der Gesellschaft. Gleichzeitig sprach er sich gegen die Eintönigkeit der Arbeit aus. Nach seiner Auffassung sollte jeder Mensch im Laufe seines Lebens rund 20 unterschiedliche Berufe ausüben und keine Tätigkeit länger als vier Stunden am Stück verrichten müssen, um Langeweile vorzubeugen.
4. In seinem Umfeld entstand das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Sein Schüler Victor Considerant, der maßgeblich für die Verbreitung Fouriers Ideen geworben hat, gilt als der geistige Vater dessen.

Auch wenn der von Fourier stets erhoffte Mäzen nie auftauchte und sich ein Teil seiner Schüler von ihm abwandte bzw. seine Thesen als zu

radikal auffasste, kam es nach seinem Tod im Jahre 1837 zu einer Vielzahl von kleineren kommuneartigen Versuchen in Amerika, diese Ideen umzusetzen – und auch die frühe Kibbuzibewegung war partiell von seinen Vorstellungen inspiriert.

Gleichzeitig darf aber auch bei aller Würdigung nicht übersehen werden, dass sich im Werke Fouriers auch Antisemitismus findet. Der Surrealist André Breton hat dies in seiner Ode an Fourier auch erwähnt. Wie viele frühe (und auch spätere) Sozialist*innen bediente er sich partiell antijüdischer Ressentiments.

Als Einstieg in sein Werk bietet sich der unter dem Titel »Der Philosoph der Kleinanzeige« (Semele Verlag) 2006 erschienene Band von Martin Burkhardt bzw. die von Marvin Chlada und Andreas Gwisdalla verfasste Einführungsband vom Alibri-Verlag an.

Der Radiojournalist und Buchautor Rolf Cantzen hält am Donnerstag, 7. April, einen Vortrag unter dem Titel »Charles Fourier: Der Utopischste aller Utopisten« über das Leben und Werk Charles Fouriers im Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin). Mehr Infos: bit.ly/3Cxcw23

MULTIPLE KRISE



Bei dem vorgelegten Band handelt es sich um die Dissertation, mit der Sebastian Klauke 2019 an der Universität Kiel promoviert hat. Ziel der Arbeit ist es, »eine Konzeptualisierung des Begriffes der Krise vorzunehmen, verschiedene Krisentheorien zu analysieren und hinsichtlich ihres Nutzens zu bewerten.«

In »Kapital & Krise« steht die Frage im Mittelpunkt, wann von einer Krise gesprochen werden kann und wann nicht. Zudem geht es darum, wie eine Krise funktioniert und welche Ursachen zugrunde gelegt werden können. Die Darstellung geschieht auf einer abstrakten Ebene, die sich an den einschlägigen, meist marxistischen Ansätzen abarbeitet. Dabei folgt der Autor dem Theorieansatz der Multiplen Krise, der es erlaube, die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in den Blick zu nehmen. Denn, so die Begründung, spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2007 könne der Blick auf das ökonomische Gefüge allein keine ausreichenden Erklärungen mehr liefern. Die verschiedenen Krisenprozesse – insbesondere die Krise der Demokratie, die Krise der Naturverhältnisse, der Geschlechterverhältnisse und die Klimakrise – können nicht mehr nur addiert werden, so Klauke.

Nach der Einleitung, die sich kurz mit dem bürgerlichen Krisendenken befasst, setzt sich der Autor im zweiten Kapitel mit den verschiedenen Bedeutungsdimensionen von Krise in den wissenschaftlichen Disziplinen (Soziologie, Philosophie, Ökonomie, etc.) auseinander und fokussiert sich danach auf die marxistischen Zugänge. In Kapitel 3 werden die einzelnen Krisentypen entlang der wichtigsten marxistisch orientierten Weiterentwicklungen der Krisentheorie des 20. Jahrhundert dargestellt: Gramsci, Althusser und Poulantzas. Im vierten Kapitel geht es um die sogenannte »VielfachKrise« und das Verhältnis von Zukunft, Katastrophe und Krise sowie um die Frage nach dem möglichen Ende des Kapitalismus. Kapitel 5 beschäftigt sich auf Basis der dargestellten Analyseansätze auf abstrakter Ebene mit den zentralen Krisenmechanismen und begründet die Notwendigkeit eines Theorieansatzes der Multiplen Krise.

Warum er sich nur mit den traditionellen marxistischen und neomarxistischen Theorieansätzen beschäftigt, bleibt das Geheimnis des Autors. Hier liegt nach meiner Auffassung eine Schwachstelle. Es wird nicht begründet, warum die nicht marxistischen Ansätze zur Analyse von Krisen nicht taugen. Bürgerliche Denkansätze führten zu einer Individualisierung der Lösung, so die Annahme. Die Auseinandersetzung damit bleibt Klauke schuldig.

In seinem Fazit stellt der Autor fest: »Eine Krisentheorie aus einem Guss ist unmöglich.« Denn die Schwierigkeit bestehe darin, die Welt nicht per se als krisenhaft zu erfassen und damit eine Inflation des Krisenbegriffs zu verstärken. Ein indirektes Eingeständnis, dass das anvisierte Ziel nicht eingelöst wird.

Herbert Klemisch

Sebastian Klauke: *Kapital & Krise – Zur Theorie der Multiplen Krise des Kapitalismus*, Bertz + Fischer Verlag, Berlin 2022, 503 Seiten, 29 Euro

DAS ERSTE FRAUENHAUS IN BERLIN



Franziska Benkel beschreibt in ihrem Buch die Entstehung des ersten Frauenhauses in Westberlin, eingebettet in eine Geschichte der westdeutschen Frauenbewegung und ihrer Debatten einerseits und eine Schilderung staatlicher Frauenpolitik andererseits.

Zu Beginn beleuchtet Benkel ausführlich den Themenkomplex geschlechtsspezifische Gewalt, vor allem häusliche Gewalt. Das Anliegen vieler Frauen in den Jahren nach 1968 war es, diese in die Öffentlichkeit zu bringen – und zwar als individuelles wie auch als gesellschaftliches Problem, für das es weitreichende politische Lösungen braucht. Der Polizei und auch anderen staatlichen Einrichtungen war durchaus bekannt, dass es (häusliche) Gewalt gegen Frauen gab, es wurde nur nichts unternommen.

Danach skizziert Benkel die Familienpolitik zwischen 1945 und 1975. Ja, Familienpolitik, denn Frauenpolitik ist seinerzeit Familienpolitik. Waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Trümmerfrauen sehr wohl als Arbeitskräfte gefragt, wurde danach die Berufstätigkeit von Frauen abgelehnt. So waren 1970 nur 29 Prozent aller Frauen berufstätig. Den von der Sozialdemokratie angestoßenen Reformen stellen die Feministinnen politisch die Hilfe zur Selbsthilfe entgegen, bei der Partei für die Betroffenen ergriffen wird. Sie bringen Themen wie ungleiche Löhne, Abtreibung und Gewalt gegen Frauen in die Öffentlichkeit. Die Situation in der DDR wird kurz gestreift. Hier habe, so Benkel, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Mittelpunkt gestanden (S. 128), Kritik am Patriarchat sei unerwünscht gewesen.

Seit Beginn der 1970er Jahre hatte es in Berlin Frauenzentren und andere Orte von und für Frauen gegeben. Anfang 1975 beginnt die Debatte um und die Planung eines Frauenhauses, in dem Frauen vor häuslicher und männlicher Gewalt Schutz finden. Vorbilder sind Einrichtungen in den Niederlanden und Großbritannien. Das erste Frauenhaus wird am 1. November 1976 eröffnet und als Modellprojekt titulierte, einen Monat später öffnet ein weiteres Frauenhaus in Köln seine Türen. In Berlin finden in den ersten zwölf Monaten 615 Frauen und 730 Kinder Schutz und Beratung. Benkel schildert die internen Debatten der Projektgruppe, die Bündnissituationen, die Erfahrungen der ersten Monate (und den abwehrenden Protest der AnwohnerInnen). Das Modellprojekt wird zu 80 Prozent vom Bund finanziert, das Land Berlin trägt 20 Prozent.

Dieser Abschnitt des Buches ist – im Gegensatz zu den anderen – stark. Die Autorin springt im Verlauf des Buches thematisch hin und her, spricht sehr viele Themen an, wodurch einiges oberflächlich bleibt. Das Buch ist die kurze Geschichte eines Frauenhauses, und nicht, wie der Titel es sagt, eine Geschichte der Frauenhäuser in (West-)Deutschland.

Bernd Hüttner

Franziska Benkel: *»Wir haben nichts mehr zu verlieren ... nur die Angst!« – Zur Geschichte der Frauenhäuser in Deutschland*, Orlanda Verlag, Berlin 2021, 200 Seiten, 18,50 Euro

TRANSFORMATION WAGEN



Der im Januar erschienene Kritische Agrarbericht 2022 bietet eine Bestandsaufnahme der aktuellen agrarpolitischen Debatten. Es ist bereits die 30. Ausgabe des auch online frei verfügbaren Jahrbuches, mit dem der AgrarBündnis e.V. die gesellschaftliche Diskussion über eine nachhaltige Transformation von Landwirtschaft und Ernährung anstoßen will. Mit Blick auf die neue Bundesregierung zeigen sich die HerausgeberInnen zunächst zuversichtlich. Sie eröffnen Chancen für eine neue Agrarpolitik. Das Ziel im Koalitionsvertrag einer zukunftsfähigen Landwirtschaft, die Umwelt, Tieren und Klima gerecht wird, klinge »vielversprechend«, schreibt Friedhelm Stodieck. Dem Vertrag attestieren viele NGOs »wichtige Signale«, ein »gutes Potenzial«, einen »Aufbruch« sowie die Benennung wichtiger Herausforderungen. Gleichzeitig bleibe er »schwammig«, etwa beim Welthandel, oder es bestehe »deutlicher Nachbesserungsbedarf«, zum Beispiel bei den neuen Züchtungsmethoden, wo ein klares Bekenntnis zu Vorsorgeprinzip und Regulierung fehle.

Im Fokus des diesjährigen Berichts steht das Thema »Preis Werte Lebensmittel«, dem 13 Artikel gewidmet sind. »Wir müssen wieder mehr über Preise reden«, erklärt Frieder Thomas, Geschäftsführer des AgrarBündnis. »In der Vergangenheit haben wir uns in der Agrarpolitik relativ stark auf die Förderung konzentriert.« Das reiche aber nicht aus, um angemessene Einkommen für LandwirtInnen und den Umbau zu mehr Nachhaltigkeit zu finanzieren. Es brauche gerechte Preise. Anregungen für Deutschland holen sich Philippe Boyer und Marita Wiggerthale aus Frankreich und Spanien. Dort sollen gesetzliche Regelungen verhindern, dass Verarbeiter und Handel die Erzeugerpreise unter die Produktionskosten drücken.

Beleuchtet werden zudem die oft unsichtbaren externen Kosten der Lebensmittelproduktion und Ansätze, um die negativen Folgen für Natur und Allgemeinheit einzupreisen. In »Auf der Suche nach dem wahren Preis« nennen die AutorInnen Beispiele für externe Kosten, wie die Trinkwasserbereitung aufgrund zu hoher Nitratwerte oder Schäden durch Extremwetterereignisse. Dass diese Kosten nicht in Preisen enthalten sind, sei ein »Marktfehler«. Mithilfe von »True Cost Accounting« könnten Emissionen oder der Ressourcenverbrauch dank Lebenszyklusanalysen oder Ökobilanzen ermittelt und eingepreist werden. Das Fazit von Nikolai Fuchs lautet, dass ein Maßnahmenmix nötig sei aus der »Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, (neuen) Lieferkettengesetzen, (...) True-Cost-Konzepten« und »Preisverhandlungen zwischen Landwirtschaft und Handel »auf Augenhöhe«. »Aber letztlich werden wir es nur schaffen, wenn wir immer auch die Handlungslücke bei uns selbst kleiner bekommen: Das Tun trainieren, wie einen Muskel, (...) angefeuert durch unseren Willen und Wunsch, den Planeten für unsere Kinder und Enkel lebenswert zu erhalten.«

Angelika Beck

AgrarBündnis e.V.: *Der kritische Agrarbericht 2022*, Abl Verlag, Hamm 2022, 352 Seiten, 25 Euro
Link: kritischer-agrarbericht.de

CORONA SOZIOLOGISCH



Sozialwissenschaftliche Analysen zu den gesellschaftlichen und individuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie sind immer noch die Ausnahme, sie stehen in der öffentlichen Aufmerksamkeit weit hinter naturwissenschaftlichen und medizinischen Einschätzungen zurück. Umso erfrischender ist es, wenn sich junge Soziolog*innen des Themas mit ihren Methoden und Theorieansätzen annehmen.

Die empirische Basis zu diesem Band wurde im April und Mai 2020 gelegt. Durchgeführt wurden per Telefon oder Skype 60 narrative, an einem Leitfaden orientierte Interviews. Entstanden sind zahlreiche soziologische Geschichten, die die subjektiven Erfahrungen und Interpretationen der Situation in den Mittelpunkt stellen.

Klar wird, dass die individuelle Lebenslage, die Generation, das Alter, das Geschlecht, der Beruf, die Verfügbarkeit von ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen, die Wohnsituation und die Klassenzugehörigkeit enorme Auswirkungen darauf haben, wie die Corona-Pandemie wahrgenommen wird. Die Soziolog*innen leiten aus den Gesprächen sechs Wahrnehmungstypen ab, die den Sammelband strukturieren. Gegliedert nach diesen Typen sind 25 kurze Beiträge entstanden, die eine soziologische Interpretation des Interviewmaterials vornehmen.

Angereichert werden diese Beiträge durch sogenannte Essays. Darin beschreibt unter anderem Marie-Kristin Döbler die Probleme, die sich für Paare und andere persönliche Beziehungen ergeben. Roman Kiefer und Ruth Manstetten beobachten Auswirkungen auf die systemrelevanten Berufsgruppen. Sighard Neckel stellt in seinem Essay fest, dass wir uns in einer Katastrophensituation befinden, die nicht nur durch Wirtschafts- und Finanzkrisen, Kriege und Infektionskrankheiten hervorgerufen werde, sondern auch durch den Klimawandel.

Abgeschlossen wird der Band mit einem Epilog von Christian Baron, bekannt geworden durch seinen Debütroman »Ein Mann seiner Klasse«. Unter dem Titel »Herzfehler« beschreibt er in literarischer Form, wie sich Corona auf die Lebenslage von prekarierten Bevölkerungsgruppen auswirke. Eine spannende Ergänzung eines rundum gelungenen, gut lesbaren Sammelbandes.

Es zeigt sich, dass das soziologische Instrumentarium geeignet ist, gesellschaftliche Veränderungen und deren Wahrnehmung angemessen zu analysieren und auf Risiken und Lösungsmöglichkeiten hinzuweisen. Ein Klassiker der Soziologie – Ulrich Beck's Risikogesellschaft von 1986 – bietet mit seiner Risikoanalyse den theoretischen Hintergrund. Während die von Beck beschriebenen ökologischen Risiken für den Menschen zur Gefahr wurden, weil seine Umwelt durch radioaktive Strahlung (Tschernobyl), sauren Regen oder vergiftetes Wasser geschädigt wurde, liege das größte Risiko für den Menschen in der Corona-Pandemie in der Begegnung mit anderen Menschen.

Herbert Klemisch

Sarah Lenz / Martina Hasenfratz (Hg.): *Gesellschaft als Risiko – Soziologische Situationsanalysen zur Coronapandemie*, Campus Verlag, Frankfurt 2021, 312 Seiten, 34,95 Euro

GELEBTE REVOLUTION



Ausgerechnet mit einem Zitat des französischen Anarchisten Pierre-Joseph Proudhon, dem häufig Antisemitismus nachgesagt wird, beginnt der britische Politikwissenschaftler James Horrox seine Studie über Anarchismus in der Kibbuzbewegung. Gleichzeitig ist das aber auch wenig verwunderlich, denn die erste Generation der Kibbuzbewegung war maßgeblich von den utopischen Ideen des Frühsozialismus und Anarchismus geprägt.

In der anarchistischen Geschichtsschreibung und -forschung wird diese einzigartige Bewegung dennoch häufig ignoriert, obwohl Augustin Souchy mit seiner Schrift »Reise durch die Kibbuzim« eine sehr enthusiastische Schilderung lieferte. Vor diesem Hintergrund ist die erstmals 2009 erschienene Studie »Gelebte Revolution« von besonderer Bedeutung. Sie füllt eine eklatante Lücke innerhalb jenes Forschungszweigs.

In der Einleitung erläutert Horrox für ein breiteres Publikum das Konzept des »Anarchismus«, mit Schwerpunkt auf Piotr Kropotkin und Gustav Landauer, die für die Entwicklung dieser Bewegung eine wichtige ideengeschichtliche Bedeutung hatten. Im Anschluss beleuchtet er die Vorläufer und Anfänge der Bewegung. Das erste Kapitel thematisiert unter anderem das »Vorzeigekibbuz« Degania, das durchgehend seit 1910 existiert, und die Ideen von Aharon David Gordon, einem Vordenker eines spezifisch jüdischen Sozialismus mit stark libertärem Einschlag. Vor allem jene erste Welle war sehr durch anarchistisches Gedankengut geprägt. Die Kapitel 2 und 3 blicken auf die zweite und dritte Alija (Migrationswelle nach Palästina) auch mit wiederholten Rückgriffen auf das Werk von Gordon und Landauer, dessen Ideen über Martin Buber in die Bewegung wirkten. In der zweiten Welle verstärkten sich auch die marxistischen Impulse der noch recht jungen Bewegung. Im vierten Kapitel erläutert der Autor die generellen Grundlagen der Kibbuzim, die Situation jener sozialistischen Siedlungsform im 21. Jahrhundert (Kapitel 5) und die Verbindung zwischen jener Bewegung und der des israelischen Anarchismus (Kapitel 6). Die Studie endet mit einem knappen Schlusswort.

Horrox spricht auch problematische Aspekte an, wie zum Beispiel den Arbeitsethos von Gordon. Auch die wenig beachtete Verbindung zum Ökoanarchismus wird thematisiert. Im Gegensatz hierzu fehlt allerdings die Genderthematik. Bei aller Fortschrittlichkeit waren die Positionen diesbezüglich häufig noch sehr konservativ. Komplettiert wird die Studie mit zwei Nachworten und dem in der Analyse zitierten Landauer-Briefwechsel. Weiterhin findet sich zum Abschluss ein umfangreiches Register.

Es ist eine sehr lesenswerte und wichtige Studie über jene spezifische Siedlungsbewegung mit anarchistischen Wurzeln und Impulsen. Die Veröffentlichung einer solchen Studie in deutscher Sprache war längst überfällig.

Maurice Schuhmann

James Horrox: *Gelebte Revolution. Anarchismus in der Kibbuzbewegung*, Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2021, 259 Seiten, 24,80 Euro

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

DISKUSSION/VORTRAG

Queerfeministische Utopien - Gender Trouble

4. Mai, 19 bis 21 Uhr (online)

In 150 Jahren haben sich verschiedene politische Kämpfe abgespielt, die von Frauen angeführt wurden und zum Teil zu gesellschaftlichen Umwälzungen führten. Neben der Praxis entstanden feministische Theorien, in denen unterschiedliche Positionen und Prozesse diskutiert wurden. In der digitalen Grundlagentheorie wird die Geschichte der Frauenbewegung von der ersten Welle (Frauenwahlrecht) bis hin zu der revolutionären zweiten Welle gemeinsam mit den Teilnehmenden diskutiert.

Info: bit.ly/3qaZVg1

VERANSTALTUNGSREIHE

Die Kommune - Im Kampf die neue Gesellschaft aufbauen

13. Mai bis 29. Juli, jeweils 20 Uhr (online)

Vor einigen Monaten begann die Arbeitsgruppe »Geschichte und Widerstand« mit der Analyse und Aufbereitung der widerständigen Geschichte in Mitteleuropa und Deutschland. Denn Geschichte lebt in uns und der Gesellschaft weiter fort und beeinflusst unsere Kämpfe und Bemühungen für eine freie Gesellschaft.

Für die Veranstaltungsreihe hat sich die Arbeitsgruppe folgende Leitfragen gestellt: Wie konnten das Patriarchat, Umweltzerstörung, der Staat, der Kapitalismus, die Industrialisierung und ein

abstraktes Rechtssystem gegen die Gesellschaft durchgesetzt werden? Welche Widerstände gab es dagegen? Wo finden wir Elemente der demokratischen und moralischen Gesellschaft im Laufe der Geschichte bis heute? Was war die Rolle von Frauen, Trans*, Inter und Nicht-Binären Personen in der Geschichte? Mit gemeinsamer Anstrengung, Liebe und Überzeugung können wir die Kraft für ein freies und schönes Leben aufbauen.

Info: bit.ly/3u4rZ5z

KRITIK & GESELLSCHAFT

oder die Möglichkeit, eine neue Welt zu erfinden

16. Mai, 18.45 bis 20.15 Uhr (Schwerin)

Es sind oft nicht so sehr die Verhältnisse, die die Menschen entzweien, sondern die durch Alltag und Gewohnheit geprägten freien Meinungen, die sie darüber haben. Auf diese Weise verirrt sich ihre eigene Gedankenwelt in subjektive Beliebigkeit und macht sie blind für Abhängigkeiten, die sich für sie aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst ergeben. Im aktuellen VHS-Kurs wollen sich die Teilnehmer*innen den Grundlagen unseres Selbstverständnisses von Denken, Wahrheit, Be-Greifen und Verhalten im Alltag nähern. Um es mit Heinz Erhardt auszudrücken: »Sie dürfen nicht alles glauben, was Sie denken!« In diesem Sinne freuen sich die Organisator*innen auf rege Teilnahme!

Ort: Volkshochschule, Puschkinstr. 13, 19055 Schwerin
Info: bit.ly/3Ji1Zub

MATINEE

Für Julian Assange und Maryia Kalesnikava

26. Mai, 11 Uhr (Stuttgart)

Eine musikalische-politische Matinee für Menschenrechte und Meinungsfreiheit. Maryia Kalesnikava wurde 2021 mit dem Stuttgarter Friedenspreis der AnStifter ausgezeichnet, Julian Assange wurde der Friedenspreis 2020 zugesprochen. Die Preisträger sind unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert - Assange sitzt nach sieben Jahren Botenschafts-Asyl seit 2019 im Gefängnis, Maryia Kalesnikava seit 2020. Die Matinee ist eine Solidaritätsadresse an alle Journalist*innen, die weltweit verfolgt, mit dem Leben bedroht oder ermordet wurden.

Ort: Theaterhaus, Siemensstraße 11, 70469 Stuttgart
Info: bit.ly/3qapVrO

EXKURSION

Spuren des Kolonialismus in Hamburg

15. Juni, 15.30 bis 17.30 Uhr (Hamburg)

Koloniale Herrschaft war auch in Deutschland bedeutsam und zeigt sich gerade in der Hafencity Hamburg. Seit dem 17. Jahrhundert verdient Hamburg an Europas kolonialer Expansion und während des Kaiserreichs wird die Stadt Deutschlands »Tor zur kolonialen Welt«. Davon lassen sich auch heute noch zahlreiche Spuren im Stadtbild finden. Einige dieser Spuren werden bei der Tour zum Anlass genommen,

um exemplarisch darzustellen, wo der unermessliche Reichtum der einflussreichen Kaufleute herkam.

Info: bit.ly/3MUJHBE

SOMMERUNIVERSITÄT

Green.Building.Solutions. (GBS)

16. Juli bis 7. August (Wien)

Die GBS Summer University richtet sich vor allem an internationale Studierende und Professionals aus den Bereichen Architektur sowie Energie- und Bauwirtschaft und beschäftigt sich mit Themen wie Passivhaus-Bauweise, Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und nachhaltiger Stadtplanung. Die Teilnehmer*innen können ihre fachspezifischen Kenntnisse vertiefen und praxisnahe Inhalte durch ein interdisziplinäres Programm erfahren, das auch eine abschließende Projektarbeit mit einbezieht.

Info: bit.ly/3MwSnM5

Alternative Economic and Monetary Systems (AEMS)

18. Juli bis 5. August (Wien)

Die AEMS Summer School steht motivierten Bewerber*innen aller Studienrichtungen offen und fokussiert die Vermittlung von Alternativen zum wirtschaftlichen Status quo. Die Teilnehmer*innen beschäftigen sich mit den Grenzen des Wachstums sowie den Instabilitäten des Finanzsystems. Über ein interdisziplinär und holistisch orientiertes Programm lernen sie dabei verschiedene Lösungsansätze kennen.

Info: bit.ly/3KQ6V9P

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation

Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER **contrastE**, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel

Anfragen: info@contrastE.org
Verein: vorstand@contrastE.org
Redaktion: redaktion@contrastE.org
www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das ContrastE-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTION BERLIN: Ulrike Kumppe
ulrike.kumppe@contrastE.org

REDAKTION BREMEN: Bernd Hüttner (Rezensionen)
bernd.huettner@contrastE.org

REDAKTION ELBSANDSTEINGEBIRGE: Johannes Dietrich
johannes.dietrich@contrastE.org

REDAKTION FREIBURG: Burghard Flieger (Genossenschaften)
(07 61) 70 90 23
genossenschaft@t-online.de

REDAKTION GÖTTINGEN: Kai Böhne (Anzeigen)
kai.boehne@contrastE.org

REDAKTION HAMBURG: Hilmar Kunath
(0 40) 39 90 41 96
hh.kunath@web.de

REDAKTION KASSEL: Regine Beyß
regine.beyss@contrastE.org

REDAKTION KÖLN/BONN: Heinz Weinhausen
(01 70) 58 38 900
heinz.weinhausen@contrastE.org

Ariane Dettloff
(02 21) 31 57 83
ariane.dettloff@contrastE.org

REDAKTION LÜNEBURG: Marlene Seibel
marlene@marlenseibel.de

REDAKTION SPROCKHÖVEL: Uli Frank
ulifrank@unverdiert.de

REDAKTION STUTT GART: Peter Streiff
(0 71 44) 33 22 56
peter.streiff@netz-bund.de

REDAKTION VERDEN: Uwe Ciesla
kontakt@finkenburg.info

REDAKTION GRAZ: Brigitte Kratzwald
0043-699 11 28 65 57
brigitte.kratzwald@commons.at

REDAKTION KLAGENFURT: Hans Wieser (Termine)
hans.wieser@contrastE.org

ANZEIGEN Kai Böhne
anzeigen@contrastE.org

ABOVERWALTUNG Eva Schmitt
abos@contrastE.org

BILDREDAKTION Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT Eva Sempere
layout@contrastE.org

TERMINE Hans Wieser
termine@contrastE.org

IT-BETREUUNG Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
webmaster@contrastE.org

DRUCK Freiburger Druck GmbH und Co KG
Facebook: facebook.com/contrastE-monatszeitung
Twitter: @contrastE_org
Mailingliste: https://lists.contraste.org/sympa/info/contrastE-liste

ANZEIGEN

XXVII. INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ Sonnabend, 8.1.2022

Die Broschüre

KRIEG UND LEICHEN - DIE LETZTE HOFFNUNG DER REICHEN

HÄNDE WEG VON RUSSLAND UND CHINA!

JETZT AM KIOSK!

Mit Beiträgen von: Dmitri Nowikow (KP Russland), Lucia Pradella (King's College, London), Rania Khalek (Libanon), Juan Ramón Quintana (Bolivien), Rosario del Pilar Pentón Díaz (KP Kuba), Mumia Abu-Jamal (Journalist, USA), Mike Africa jr. (Prison Radio, USA), und weiteren Vortragenden

Podiumsdiskussion: Wie wir den nächsten großen Krieg verhindern. Mit: Sören Pellmann (MdB, Die Linke), Andrea Hornung (Vorsitzende der SDAJ), Horst Schmitthener (IG Metall), Martin Singe (Pax Christi, Sprecher von »Büchel ist überall - atomwaffenfrei.jetzt.«)

Mit zahlreichen zusätzlichen Beiträgen.

Erhältlich auch unter jungewelt-shop.de

PROKLA ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT Seit 1971

Schwerpunktt Themen

- Nr. 202: Green New Deal! (1/2021)
- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)
- Nr. 204: Vergessenes Land? (3/2021)
- Nr. 205: Gesundheit mit System (4/2021)
- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)

Einzelheft: ca. 1,76 €, 15,- [D] / 15,40 [A]
Probeheft anfordern! www.berzt-fischer.de/prokla

Ausgabe 2 | 2022 April 11 Euro

Alternative Kommunal Politik Fachzeitschrift | 43. Jahrgang

ENERGIEWENDE

Die Aufgaben sind umfangreich: Aus Atom, Kohle und mittelfristig auch Gas aussteigen, Wind- und Sonnenenergie ausbauen, die Wärmewende hinkriegen, Sektoren koppeln und Wasserstoff nutzen. Die Autor*innen des aktuellen AKP-Schwerpunktes zeigen, wie es gehen kann.

Weitere Themen:

- EU-Whistleblower-Richtlinie - Was jetzt schon zu tun ist
- Beauftragung von Schulsozialarbeit: Jugendhilfe ist kein Wirtschaftsgut
- Zuwendungsrichtlinie in Kiel
- Schutz vor staatlicher Diskriminierung
- Mein Recht als Ratsmitglied: Rederecht

Einzelpreis: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand
Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro
AKP - Alternative Kommunalpolitik | Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568
www.akp-redaktion.de

Rüstungsexport

Seit es Rüstungsexporte gibt, wird uns versichert: Man ist stets auf der Hut, dass mit den exportierten Waffen keine Menschenrechte verletzt werden. Man achtet strikt darauf, dass niemand mit den gelieferten deutschen Waffen einen Krieg anfängt. Und Lieferungen in Spannungsgebiete vermeidet man sowieso. Doch warum kaufen die anderen Länder dann Waffen in Deutschland? Warum sind Algerien, Saudi-Arabien, Südkorea die wichtigsten Kunden der deutschen Rüstungskonzerne? Warum werden so viele Lieferungen versteckt in europäischen Gemeinschaftsproduktionen? Waffen werden exportiert, um Geld zu verdienen. Und Waffen werden gekauft, um sie zu benutzen. Und Rüstungsexporte sind ein Grund dafür, dass Menschen fliehen müssen.

Reinhard Pohl: Rüstungsexport 2017, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schicken eure Anzeigentexte an: koordination@contrastE.org

KLEINANZEIGEN

Semiramis Photoart

Mittlerweile ist die Homepage der Berliner Künstlerin Semiramis (vgl. CONTRASTE September 2021) online. Noch bis Ende April ist ihre aktuelle Ausstellung »Zwischen ewiger Jugend und Vergänglichkeit« im Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin) zu sehen.

Link: semiramis-photoart.de